

Danziger Zeitung.



Zeitung.

Nr. 19927.

Die „Danziger Zeitung“ erscheint täglich 2 Mal mit Ausnahme von Sonntag Abend und Montag früh. — Bestellungen werden in der Expedition, Kettnerhagergasse Nr. 4, und bei allen kaiserl. Postanstalten des In- und Auslandes angenommen. Preis pro Quartal 3.50 Mk., durch die Post bezogen 3.75 Mk. — Inferate kosten für die sieben-gespaltene gewöhnliche Schriftzeile oder deren Raum 20 Pf. — Die „Danziger Zeitung“ vermittelt Insertionsaufträge an alle auswärtigen Zeitungen zu Originalpreisen.

1893.

Politische Uebersicht.

Danzig, 16. Januar.

Die facultative Feuerbestattung.

Am Sonnabend verhandelte, wie bereits kurz erwähnt, die Petitionscommission des Abgeordnetenhauses über die Petition, welche die Zulassung der facultativen Feuerbestattung in Preußen verlangt. Schon die vorjährige von etwa 15 000 Personen unterzeichnete Petition war nicht günstig von der Majorität aufgenommen, auch diesmal ist nach einer längeren Beratung der Übergang zur Tagesordnung mit 13 gegen 6 Stimmen beschlossen worden. Nur die nationalliberalen und freisinnigen Mitglieder der Commission traten dafür ein. Ihr Antrag hielt sich in bescheidenen Grenzen. Sie wünschten nur, daß die Commission vorschläge, die Petition der Regierung zur Erwögung zu überweisen. Aber auch dieser Antrag wurde abgelehnt. Bemerkenswerth ist die Stellung der kgl. Staatsregierung. Die Vertreter derselben erklärten, daß die Regierung auf ihrem ablehnenden Standpunkt verharre. Insbesondere in sanitärer Beziehung müsse angeführt werden, daß sich irgend welche erheblichen Nachtheile für die Gesundheit der Bevölkerung durch die gegenwärtige Bestattung in der Erde nicht ergeben hätten. Die religiöse Seite der Frage wurde diesmal weniger berührt, so daß die Discussion einen erheblich ruhigeren Charakter hatte, als im vorigen Jahre. Das religiöse Gefühl werde, so wurde von den Befürwortern der Petition angeführt, in keiner Weise verletzt, da es sich ja nur um die facultative und nicht um eine allgemein einzuführende Feuerbestattung handele. Ganz besonders wurden Gründe gegen die Feuerbestattung vom Standpunkte der criminellen Justiz geltend gemacht, indem durch die Leichenverbrennung leicht die Spuren eines gegen das Leben verübten Verbrechens für immer verwischt werden könnten. Entgegen wurde darauf, daß solche Fälle zwar nicht unmöglich seien, aber doch nur in verschwindend kleiner Zahl vorkämen. Für gewöhnlich entstehe der Verdacht bei gewaltsam erfolgter Tötung vor der Bestattung. Eine Leichenbestattung nach der Beerdigung gebe noch vielfach genügt Erwähnungen ein höchst fröhliches Resultat. Es wäre auch nichts dagegen zu erinnern, daß die Erfahrung zur Verbrennung von Leichen nur unter äonen Rauten aus dem nachfolger Leichenschau u. s. w. erfolgen dürfe. Auch über die finanzielle Seite der Frage konnte man sich nicht einigen. Die Gegner der Feuerbestattung erklärten dieselbe für ebenso theuer als die bisherige Art der Beerdigung, während von den Freunden geltend gemacht wurde, daß die Kosten der Verbrennung auch für Wohlhabende sich höchstens auf 45 Mk. belaufen würden. Viel mehr falle aber ins Gewicht der Umstand, daß schon jetzt die Gewinnung von Land zur Anlegung von Friedhöfen oder zur Erweiterung derselben theilweise mit großen, kaum erträglichen Geldopfern für die Gemeinde verknüpft sei. Nachhilfe könne nur dadurch gegeben werden, daß man die Frist für weitere Benutzung der Kirchhöfe zur Anlegung neuer Gräber möglichst abkürze; ein solcher schneller Wechsel sei jedoch vom Standpunkte der Pietät wenig zu empfehlen. In dem gegenwärtigen Berfahrt liege aber auch insofern wenig Folgerichtigkeit, als man gegen Einholung eines Leichenpasses die Verbrennung der Leiche in Gotha, Hamburg oder wo sonst Crematorien bestehen, anstandslos gestatte, während man an andern Orten die Verbrennung der Leichen in neu einzurichtenden Crematorien verbot.

Nach dem Ergebnis dieser Commissionsberatung ist das Schicksal, welches die Petition im Plenum des Abgeordnetenhauses haben wird, leicht vorauszusagen. Über dieselbe wird auch dort zur Tagesordnung übergegangen werden.

Eine officiöse Erläuterung zu Caprivi's Rede in der Militär-Commission.

Einzelne Blätter des In- und Auslandes, so schreibt die „Nord. Allg. Ztg.“ mit hochofficialen Lettern, geben bei Besprechung der jüngsten Auseinandersetzung des Reichskanzlers Grafen v. Caprivi in der Militär-Commission der Auffassung Raum, daß damit eine grundhäßliche Änderung der deutschen Politik, insbesondere hinsichtlich der Aufgaben und Zielen des Dreiflubs bekundet werde. Diese Auffassung ist irrig und daher der Tadel wie das Lob, welche jene Blätter je nach ihrem Standpunkt an dieselbe knüpfen, gleich unverdient. Der Herr Reichskanzler hat in jener Rede bei Darlegung der für Deutschland als möglich in Betracht zu ziehenden kriegerischen Verwicklungen die Notwendigkeit, unsere Wehrkraft auf einen Krieg nach zwei Fronten einzurichten, unter anderem damit begründet, daß nach dem deutsch-österreichischen Bündnisse ein russischer Angriff auf Österreich-Ungarn den casus foederis für uns bilde und in diesem Falle Deutschland auf eine gleichzeitige Action von Westen her gefasst und gerüstet sein müsse; unter Hinweis auf die in Russland und Frankreich bestehenden Stimmungen und Strömungen ist der Grad der Möglichkeit dieser Eventualität des näheren erörtert worden. Der Herr Reichskanzler hat mit keinem Worte angedeutet, daß die gegenwärtige auswärtige Politik Deutschlands den Krieg mit zwei Fronten für eine gegebene Notwendigkeit oder auch nur für wahrscheinlicher, als in den letzten Jahren, erachtete, und ebenso wenig enthielt seine Rede irgend eine Bemerkung, welche den Schluss zuließe, daß unsere auswärtige Politik jemals für andere als deutsche Interessen einzutreten gesonnen sei. Alles, was in dieser Rich-

tung behauptet wird, beruht entweder auf Unkenntnis oder auf Mißverständnis dessen, was gesagt worden ist.

Das Arbeitspensum des Reichstages.

Dem Reichstag ist bei seinem Wiederzusammentreffen ein Bericht des Berathungsstoffs zugegangen; es enthält nicht weniger als 20 Vorlagen und 19 Initiativansprüche. Von den ersten nennen wir als besonders wichtig: die drei Steuergesetze, das Auswanderungsgesetz, die Gesetze über Abzahlungsgeschäfte und Wucher; die Militärvorlage und die mit ihr zusammenhängenden Vorlagen sind bekanntlich schon der Militär-Commission überwiesen. An wichtigeren Initiativ-Anträgen sollen zur Verhandlung gelangen: der bekannte Antrag Anteilen, betreffend Wiederaufnahme des Verfahrens und Entschädigung für unschuldig erlittene Strafen, die Ackermann'schen Handwerker-Anträge, der von Graf Ballestrem eingeholt ist, der von Hirsch zum zweiten Mal vorgelegte Antrag über eingetragene Berufsvereine, der ebenfalls zum zweiten Mal aufgetauchte Entwurf eines Heimstättengesetzes, der Antrag Jordans, Statistik des Grundbesitzes betreffend, der Antrag Hammacher, betreffend die Erhebung einer communalen Abgabe von inner- und ausländischem Wein, ein Antrag Grüber, betreffend Strafandrohung an Consumvereine beim Verkauf an Nichtmitglieder, und Abänderung der Concursordnung. Außerdem sind noch eine Reihe von Entwürfen in Vorbereitung, z. B. das Reichssteuergesetz, das Gesetz bez. die Reform der Militärgerichtsbarkeit, eine Revision des Zolltarifs namentlich bezüglich der Oele u. s. w. Man darf begierig sein, wie der Stoff bemüht wird. Da Ostern dieses mal auf Ende März fällt, so dürfte der Reichstag höchstens bis 20. März zusammenzuhalten sein. Das sind circa 50 Arbeitstage. Es scheint nicht ausgeschlossen, daß der Reichstag nach Ostern nochmals zusammenentreten muß, falls nicht die Entscheidung über die Militärvorlage alle Rechnungen über den Haufen wirkt.

Die Wahlgesetze im Abgeordnetenhaus.

Die Debatte im Abgeordnetenhaus über die Novelle zum Wahlgesetz hat — moran freilich niemand zweifle — klargestellt, daß für die Bestätigung des Dreiklassenwahlsystems und für die Einführung des allgemeinen gleichen dreizeitigen Wahlsystems auch bei den Pragis-Wahlen in diesem Abgeordnetenhaus eine Mehrheit nicht eingesetzt. Das Centrum hält zwar im Prinzip an der Forderung des Reichstagswahlrechts fest; in der Praxis aber ist es bereit, an einer Verbesserung des Dreiklassensystems mitzuwirken. Dabei genügt ihm freilich die Vorlage nicht, weil dieselbe denjenigen Bevölkerungsklassen, aus denen die Wähler des Centrums sich rekrutieren, nicht den wünschenswerten Einfluß einräumt. Vor allem fordert das Centrum, daß bei der Abgrenzung der drei Urwählerklassen nicht nur die direkten Steuern, sondern auch die indirekten berücksichtigt werden sollen. Auch dafür ist in diesem Abgeordnetenhaus keine Mehrheit zu finden und so werden die Herren vom Centrum ihren Platz noch weiter zurückstechen müssen, wenn sie das Zustandekommen des Gesetzes und damit die Steuerreform nicht in Frage stellen wollen — was wir ihnen trotz aller großen Worte nicht zutrauen.

Charakteristisch für die Debatte ist übrigens der Eifer, mit dem die Redner der Conservativen in der Aggression gegen die Freisinnigen und der Ministerpräsident Graf Eulenburg in der Defensive gegen die Vertreter des allgemeinen Wahlrechts gegen dieses, nicht als Erfolg für das Dreiklassensystem, sondern als Erfolg für das Reichstagswahlrecht zu Felde zogen. Graf Eulenburg behauptete sogar, das Reichstagswahlrecht verlieren auf Boden und im übrigen sei auch das Dreiklassensystem „populär“, wofür allerdings die Thatsache, daß bei den Wahlen zum Abgeordnetenhaus durchschnittlich 14 Prozent der Wähler, bei den Reichstagswahlen aber 60—66 Prozent stimmen, nicht gerade sprechen dürfte.

Die Conservativen und die Notstands-debatte im Reichstage.

Während man im Reichstage bereits zu fürchten anfing, daß die Debatte über den Notstand und den Strike länger dauern könnte, hat das Haus — wenn es erlaubt ist, angefischt der klassischen Leere der Bänke von einem solchen zu reden — endlich am Sonnabend um 6 Uhr Abend die erfreuliche Thatsache constatiren können, daß kein redelustiges Mitglied mehr anwesend sei, und so wurde denn die Besprechung der Interpellation Auer in aller Form geschlossen. Von den vorstrittenen Reden nahm diejenige des Abgeordneten v. Kardorff ein gewisses Interesse in Anspruch, als der Bimetallist dem Socialistengesetz noch einmal bittere Thränen nachweinte und bei dieser Gelegenheit mitteilte, der Fall des Socialistengesetzes im Jahre 1890 sei lediglich durch ein Mißverständnis herbeigeführt worden. Die Deutschconservativen hätten geglaubt, daß Fürst Bismarck auf die Annahme des verflüssigten Gesetzes — ohne den großen Belagerungszustand — keinen Werth lege oder vielmehr die Ablehnung derselben in der Erwartung wünsche, daß nach Aufhebung des Ausnahmengesetzes die Sozialdemokratie sich zu Excessen werde hinreißen lassen und damit die Handhabe für den Erfolg eines neuen Socialistengesetzes bieten werde. Er v. Kardorff habe später den Fürsten Bismarck direkt dieserhalb befragt, dieser aber habe eine solche pessimistische Auffassung mit Entschiedenheit zurückgewiesen. Auf historische Authentizität wird diese Erzählung Kardorffs schwerlich Anspruch machen können. Es mag ja

sein, daß manche Conservative die Folgen der Aufhebung des Socialistengesetzes in der bezeichneten Weise escomptirt haben, man erinnert sich ja der Rede des Herrn v. Putthamer, in der die Flinte, die schiebt, und der Säbel, der hält, eine Rolle spielen. Man weiß aber auch, daß die Deutschconservativen damals schon viel weniger bemüht waren, die Gedanken des Fürsten Bismarck zu errathen, als die an hödster Stelle maßgebenden Auffassungen zu controlliren und daß die Parole das verflüssigte Gesetz abzuheben an dem entscheidenden Tage bei Beginn der Sitzung durch einen neuerdings viel genannten, damals noch eine führende Rolle spielenden Conservativen ausgegeben worden ist, der an demselben Tage von dem Kaiser empfangen worden war. Daß Herr v. Kardorff heute noch diese Rücksichtnahme auf gewisse Wünsche bedauerte, ist ja ein erfreulicher Beweis seiner Consequenz; aber viel Leidensgenossen wird er schwerlich finden. Ganz so weit, wie Herr v. Stumm, der kurz und bündig ein neues Socialistengesetz verlangt, geht Kardorff nicht, aber nothwendig ist seiner Ansicht nach eine weitere Beschränkung der Presse, des Vereins- und Versammlungsrechts, weil — nun ja — weil nur unter dieser Voraussetzung das Arbeiterschutzgesetz wohlthätige Wirkungen haben kann. Diesem tiefsinnigen Bedürfnis wird nicht eher entsprochen werden, als bis sich auch die Hoffnung Kardorffs auf den Umschwung auf dem Gebiet der Währungspolitik erfüllt, die er in schönster Weise gegen die Borgänge in der Panama- Angelegenheit. Nach längeren Verhandlungen über andere Fragen genehmigte die Versammlung schließlich einstimmig einen Antrag auf Erlass einer allgemeinen Amnestie.

In der Panamaaffäre selbst bringt jeder Tag neue Enthüllungen bzw. Anschuldigungen. Wie mehrere Blätter melden, haben die in einem großen Bankinstitute vorgenommenen Nachforschungen ergeben, daß der verhaftete frühere Deputierte Sansleron zur Zeit der Beratung des Gesetzentwurfs über die Panamaloose 200 000 Frs. deponirt habe. Der boulangistische Deputierte Aimel beschuldigte in einem Provinzialblatte Péreire, dem Präsidenten der „Compagnie Atlantique“, seiner Zeit dem Arbeiten-Minister Yves-Guipot 200 000 Francs für die Einbringung eines Gesetzes über Hafenbau in Pauillac gegeben zu haben. Péreire und Yves-Guipot strengten in Folge dessen gegen Aimel einen Diffamationsprozeß an.

Der Papst und Frankreich.

Die Pariser Blätter veröffentlichten ein Schreiben Leos XIII. an den Grafen de Mun, dessen Veranlassung die letzte Rede des christlichsozialistischen Abgeordneten in Saint-Etienne war. Darin weist der Papst nach, daß Frankreich groß und geehrt war, im Rathe der Völker, so lange es sich der „ältesten Tochter der Kirche“ würdig zeigte, und daß es tief und immer tiefer herabsank, als es sich von Parteidämpfen und Sectenkrieg zerreißen ließ. Dennoch bleibt der heilige Stuhl der französischen Nation gewogen und räth ihr dringender als je zuvor, sich an ihre jetzigen Staatseinrichtungen zu klammern und durch die Liebe zur Freiheit, zur Gerechtigkeit und Rechenschaftsbarkeit, sowie durch die Erfurth gegen die Religion, der die Mehrheit der Franzosen angehört, ihr Land auf der schiefen Ebene zurückzuhalten, die zum Abgrunde führt.

Unruhen in Montenegro.

Das Fürstenthum Montenegro scheint in der letzten Zeit der Schauplatz ernster Unruhen gewesen zu sein. Die in Niksch angefesselten Flüchtlinge aus der Herzegowina, welche alle Ursache haben, mit ihrem Loje unzufrieden zu sein, da die montenegrinische Regierung nur in überaus karglicher Weise für sie sorgt, so daß sie kaum ihr Leben fristen können, haben ihrem Missergnügen durch Ruhestörungen Ausdruck gegeben, an denen sich auch andere Elemente beteiligten. Die Hauptbeteiligten waren aber Herzegowinen. Als Rädelführer wird genannt der Häupter Pero Tungu. Zwei Herzegowinen, nämlich Luka Dukovic und Lazar Dukotic, der letztere ein entfernter Verwandter des Fürsten Nikita, sollen bei der Niederwerfung der Emute gefallen sein.

Der „Petit Hirlap“ will aus Cettinje folgende Einzelheiten über eine Verschwörung zur Abschaltung des Fürsten von Montenegro erhalten haben: Ungefähr 3000 montenegrinische Bauern hätten sich auf Anstift ihrer Popen bewaffnet, um am griechischen Neujahrstage (13. Januar) Cettinje zu besetzen, den Fürsten Nicolaus gefangen zu nehmen und nach Dalmatien zu bringen, worauf sein Sohn und Erbe, Prince Danilo, zum Fürsten ausgerufen werden sollte. Diese Verschwörung sei jedoch durch einen Schulmeister der Regierung verraten worden und diese habe Truppen in die betreffenden Dörfer gesandt und deren Einwohner entwaffnen lassen, wobei es zu einem heftigen Kampfe gekommen sei, in welchem 38 Personen getötet und 90 verwundet wurden. Viele Bauern hätten sich in die Berge geflüchtet und 28 Popen seien verhaftet worden.

Das ungarische Blatt fügt hinzu, daß die montenegrinische Regierung diese Darstellung für unbegründet erkläre, obgleich der Vorgang jedem Ande in Cettinje bekannt sei. Es ist schon möglich, daß die Erzählung des „Petit Hirlap“ viel Dichtung enthält, allein, daß es in Montenegro nicht mehr ganz geheißen ist, haben wir erst dieser Tage des näheren dargelegt.

Der Kanal durch den Isthmus von Korinth.

Aus Griechenland wird gemeldet, daß die Fertigstellung des Kanals durch den Isthmus von Korinth in der Hauptstadt zum Abschluß gebracht ist. Am 23. April d. J. werde die Eröffnung des Kanals für den Schiffsverkehr stattfinden. Bei Nacht wird der Kanal seiner ganzen Ausdehnung nach elektrisch beleuchtet.

Judenmishandlungen in Marokko.

Einem Telegramm des „Reuterschen Bureaus“ aus Tanger zufolge sind gegen den Gouverneur

Inzwischen geht man scharf gegen einige auswärtige Journalisten vor. Von gestern wird darüber aus Paris gemeldet:

Der hierfür Correspondent des „Budapester Hirlap“

Slekt ist heute Morgen verhaftet worden. Die Veranlassung zu seiner Verhaftung gab seine fortgesetzten Verleumdungen von mehreren bei der französischen Republik beglaubigten Gesandten und seine unwaren Behauptungen über das Verhalten eines fremden

der Schatzkammer in der Stadt Marokko Beschwerden erhoben worden wegen vielfacher Mißhandlungen jüdischer Einwohner; insbesondere habe der selbe einem Greise 500 Peitschenhiebe und einem anderen Juden 800 Peitschenhiebe ertheilen lassen. Es heißt nun, daß die Vertreter der Mächte in Tanger identische Noten an den Hof in Marokko mit dem Verlangen richten werden, daß diesen Verfolgungen ein Ende gesetzt werde.

Die Franzosen und König Behanzin.

Wie man aus Paris schreibt, befassen sich die französischen Offiziere, die an der Spitze der Garde von Abomen stehen, mit der Erwagung der Eventualität eines neuerlichen Angriffes von Seiten Behanzins. Es ist bekannt, daß der frühere König von Dahomey sich zu den Mahis geflüchtet, er kann aber nach den großen Verlusten, die er während des Feldzuges erlitten hat, kaum mehr als tausend Krieger um sich haben. Dazu kommt, daß seine Macht auch in moralischer Beziehung zerschlagen ist. Bei der Bevölkerung, deren Anhänglichkeit zu gewinnen er nie verstanden, hat er alles Ansehen verloren. Ein Aufruf Behanzins an die Bevölkerung würde somit wirkungslos verhallen. Die dahomischen Führer suchen denn auch unter diesen Umständen Behanzin zu freiwilliger Unterwerfung zu bewegen. Was die Stellung der Franzosen in Dahomey betrifft, wird selbstverständlich viel auf die Haltung der dort thätigen Verwaltung ankommen. Wenn die französische Verwaltung geschickt ist, kann sie aus der gegenwärtigen Lage großen Nutzen ziehen und die Sympathien der Bevölkerung durch eine menschliche, gerechte Behandlung, nach welcher die Eingeborenen sich sehnen, für sich gewinnen und die Position Frankreichs dadurch im moralischen Beziehungen wesentlich festigen.

Reichstag.

21. Sitzung vom 14. Januar, 1 Uhr.

Am Bundesratssitz: v. Bötticher, v. Berlepsch.
Das Haus sieht die Befreiung der Nothstands-Interpellation der Abgg. Auer und Genossen fort.

Abg. Hirsch (Centr.): Trotz der zweitägigen Debatte ist mir nicht klar geworden, welches eigentlich der praktische Zweck der Interpellation ist. Die hier gehaltenen Reden hätten zu vielen anderen Gelegenheiten und aus anderen Anlässen gehalten werden können. Dass ein gewisser Nothstand existiert, ist nicht bestritten, auch bringen alle Parteien den Nothleidenden ihre Sympathien entgegen. Die Frage ist nur, welche praktischen Mittel sind anzunehmen? Von den Socialdemokraten ist nicht einmal eine Enquête beantragt worden. Die Rechtsprechung der Gemeinden ist zu begreifen, denn sie verfügen nur über geringe Mittel. Vom Staate können wir wenigstens erwarten, daß er zu allerleit Arbeitserlassungen eintreten läßt. Bei Gelegenheit der Eisenbahn-Erwerbung in Preußen hat der Herr Minister Maybach besonders betont, daß der Eisenbahnbau in Zeiten der Noth sich sehr wohl nutzbar machen ließe. Ein Recht auf Arbeit erkennen wir nicht an, sicher nicht ein Recht des einzelnen Arbeiters, wohl aber ein Recht auf Existenz. Da sollten die Gemeinden weniger durch Almosen als durch Verschaffung von Arbeitsgelegenheit Abhilfe schaffen suchen. Was nun die geforderten großen organisiatorischen Maßnahmen betrifft, so laufen Liebknechts Forderungen auf einen höheren Arbeiterschutz hinaus. Er will zunächst eine kürzere Arbeitszeit. Der Reichstag hat zunächst einen Maximalarbeitsstag, namentlich für Frauen geschaffen und hieran schließt sich für uns die Hoffnung, daß auch für die Arbeiter ein solcher eingehuft wird, aber allmählich. In dieser Beziehung befinden wir uns also nur bezüglich des Tempos im Widerspruch mit den Sozialdemokraten. Auch glauben wir nicht, daß der achtstündige Arbeitstag der Arbeitslosigkeit abhelfen würde, denn eine wichtige Aufgabe darf nicht außer Acht gelassen werden, daß die Produktion harmoniert mit der Konsumtion. Da habe ich denn schon früher den Antrag gestellt, es sollte den Berufsgenossenschaften das Recht ertheilt werden, die Arbeitszeit innerhalb des gesetzlichen Rahmens zu regeln, allerdings unter Genehmigung des Bundesrats, nicht ohne dessen jedesmalige Zustimmung. Auch wäre eine berufsgenossenschaftliche Versicherung gegen unverheilbare Arbeitslosigkeit zu erwägen. Ferner empfiehlt sich im Interesse des Handwerks die Ausdehnung der Sonntagsruhe auf dasselbe und ich bedauere, daß der Bundesrat die entsprechenden Vorschläge noch nicht fertiggestellt hat. Das Coalitionsrecht der Arbeiter müßt meine Partei durchaus aufrecht erhalten zu sehen. Ich begrüße daher mit Freuden die Erklärungen des Handelsministers, daß in dieser Beziehung Wandel geschaffen werden soll. Zugleich richte ich an die Regierungen die Bitte, vorstichtig zu sein und nicht Verjüngungen zu unterlegen, welche auf Grund ihrer Erfahrungen an sie herantreten. So möchte ich nicht wünschen, daß Führer gemahnt werden, denn Erfolge kann man sich davon nicht versprechen. Ferner wünsche ich, daß das Coalitionsrecht der Arbeiter auf gesetzliche Grundlagen gestellt wird nach dem Vorbild anderer Arbeiterorganisationen. Dann könnten wir bei jedem Strike die Vorstände zur Verantwortung ziehen, wenn Contractbruch oder derartiges vorkommt. Wir empfehlen also nicht Beschränkung der Coalitionsfreiheit, sondern Ausbau derselben. Herr Liebknecht will sodann Organisation des Arbeitsnachweises, aber damit vermehrt man doch nicht die Arbeitsgelegenheit. Herr Barth verlangt nun eine andere Wirtschaftspolitik, Abschaffung der Schuhzölle u. s. w. Die Behauptung, daß der Schuhzoll die Arbeitsnot geschaffen habe, ist ebenso unbegründet wie die andere, daß die Schuhzölle nur den Zweck verfolgen, die Rente zu vermehren. Der Schuhzoll soll unsere Industrie und Landwirtschaft betriebsfähig erhalten und damit befördert man doch nicht die Arbeitslosigkeit. Trotz der Zölle sind die Preise gerade sehr niedrig und wenn dennoch ein Nothstand besteht, so spricht das deutlicher als alles gegen die Behauptung der Herren Barth und Liebknecht über die Schuhzölle. Die geistigen Häupter der Socialdemokratie, Marx und Lafitte, haben sehr dankenswerthe Beiträge zur Erkenntnis unserer wirtschaftlichen Zustände geleistet. Aber weder sie noch die heutigen Führer haben uns angezeigt, wie sie uns aus den Uebelständen der gegenwärtigen Gesellschaftsordnung befreien wollen. Sie sagen es nicht, wie sie es machen wollen, um zu besser geordneten Verhältnissen zu kommen. (Abg. Bebel ruft: Sie folgen uns doch nicht!) Wir würden wohl folgen, wenn Sie uns praktische Vorschläge machen wollten, welche zum Ziele führen. Der Grund der Uebelstände liegt in der Unregelmäßigkeit von Production und Consumtion. Sie können die Unregelmäßigkeit der Production nicht beseitigen, so lange Sie nicht die Consumtion vorschreiben. Das geht aber nicht an, so lange Sie nicht auch den individuellen Gewohnheiten folgen wollen, wie das vielleicht in einer Kaiserreich möglich ist, nicht aber in einem Staatswesen. Den Grund des Strikes hat der Herr Handelsminister ganz richtig angegeben. Er röhrt hier einerseits aus einer gemüthsverirrten Verbitterung der Arbeiter, andererseits ist zum Strike geheftet worden von den Führern, welche merkten, daß der Boden unter ihren Füßen wankte und sich durch den Strike eine neue Position schaffen wollten. Wenn die Arbeiter doch lernen wollten, nicht höher an die Spitze ihrer Organisation zu stellen, sondern die besten ihres Standes, ruhige und besonnene Leute, mit denen sich verhandeln läßt. Schon daraus, daß die Socialdemokratie hier auf das eifrigste jeden Zusammenhang mit den Führern der Bergarbeiterbewegung abgelehnt haben, können die Bergarbeiter sehen, was für Leute sie an ihre Spitze gesetzt haben. Zu bedauern ist, daß die Sache hier zur Sprache gebracht ist, nachdem der Krieg schon ausgebrochen war. Dadurch ist die

Ansregung nur noch geschürt worden. Zu beklagen ist, daß die Arbeiter den Instanzenweg nicht eingehalten und sich mit ihren Beschwerden nicht an die Behörden, an den Minister und wenn nötig an das Abgeordnetenhaus gewendet haben, wenn sie sich einräumt glaubten. Der Strike ist ein frivoler genannt und ich muß zugeben, daß diese Bezeichnung eine richtige ist. Der Strike ist immer eine furchtbare Waffe und wendet sich oft gegen die, die ihn angewendet haben. Ich möchte deshalb den Herrn Minister bitten, daß er die Beforment und Ruhe, die er in Beurtheilung der Sache hier gezeigt hat, auch den Beamten in der Behandlung der Arbeiter zur Pflicht mache, damit sie von unüberlegten Schriften abgehalten werden. Unüberlegt war es z. B., mit Maßregelungen den Führer vorzugehen. Dann aber möchte ich den Minister noch bitten, nach dem Strike das Recht der Gnade walten zu lassen.

Abg. v. Kardorff (freicons.): Der Hauptgrund des Nothstandes liegt in der Entvölkerung des platten Landes. Statt der Landwirtschaft zu helfen, hat man sie noch mehr bedrückt durch die Handelsverträge, durch die Aufhebung des Verbots der Einfuhr von amerikanischem Schweinefleisch, die Befestigung der Zuckerzollshöppen. So erklärt es sich, daß trotz der guten Ernte unsere Landwirtschaft sich in einer schwierigen Lage befindet. Das Märchen von der Liebesgabe an die Brenner haben Sie uns schon so oft erzählt, daß Sie wohl selbst schon daran glauben. Haben Sie sich aber schon gefragt, was werden würde, wenn der Kartoffelbau aufhörte und die ländliche Bevölkerung noch mehr denn bisher in die Städte gedrängt würde? Herr Liebknecht hat gemeint, mit dem Antisemitismus würde die Nothstandsfrage so wenig rückt, wie mit der Währungsfrage. Hat denn Herr Liebknecht noch nicht gemerkt, daß er und Marg in der Währungsfrage nur nachbieten, was ihnen die Manchesteermänner vorbereitet? hr. Hiltz hofft alles von den Arbeiterorganisationen, aber er hat hinzugefügt, daß diese Hoffnungen sich nur dann verwirklichen können, wenn die richtigen Männer an der Spitze stehen. Ich habe gegen die Arbeiterausschüsse von vornherein Bedenken gehabt und die Ereignisse haben mir Recht gegeben. Sie haben gezeigt, daß wir nach Aufhebung des Socialistengesetzes eine Verschärfung des Coalitions- und Vereins- und Preßgesetzes brauchen. Dann erst können wir auf ein harmonisches Zusammenspiel der Arbeitgeber und Arbeiter hoffen.

Abg. Hirsch (freis.): Die Interessenharmonie des Verteidners scheint in der Niederhaltung der Arbeiter durch die Staatsgewalt zu bestehen. Er und seine Freunde befürworten ein schärferes Auftreten der Staatsgewalt gegen die Arbeiter. Ich freue mich, daß der Minister dem entgegentreten ist und daran erinnert hat, daß das Coalitionsrecht auch für die Arbeiter bestehen. Unklar war mir nur, was er über den Rechtschutzbund bemerkte. Sollte damit vielleicht ein Staatsministerialbehörde gegen denselben angekündigt sein, so würde ich das nur bedauern. Ich beklage den Ausstand im Saargebiet, bedauere aber, daß zwei Monate nicht einmal der Versuch zu einer gültlichen Beilegung derselben gemacht ist. Es bleibt jetzt nur übrig, nach Beendigung des Strikes die Beschwerden der Arbeiter gründlich zu prüfen. Vor allem muß die Staatsregierung sich hüten, den Vorwürfen der Herren v. Stumm, Kardorff und des Grafen Kanitz Gehör zu schenken, die auf eine Beschränkung der Coalitionsfreiheit der Arbeiter hinauslaufen. Damit würde nur Del ins Teuer gegossen werden. Die Herren von der Rechten schieben alle Schuld an dem Nothstand auf das übermäßige Hinstromen der ländlichen Bevölkerung in die Industriecentren. Aber diese Ercheinung ist nur eine Folge der traurigen Existenzverhältnisse der ländlichen Arbeiter. Erst in den Städten erhalten diese die Möglichkeit, sich als Menschen zu fühlen. Dazu kommt noch, daß die Erfüllung eines natürlichen Wunsches, sich einen kleinen Grundbesitz zu erwerben, ihnen im Osten unmöglich gemacht wird. Wollen Sie das Abstreben der ländlichen Bevölkerung verhindern, so müssen Sie vor allem die ländlichen Arbeiterverhältnisse in freieren Sinne regeln. Das beste Mittel, einen Nothstand zu begegnen, ist, daß überall da, wo Arbeit vorhanden ist, Lohnverkürzungen und Arbeiterentlassungen nicht vorgenommen werden. Die Eisenbahnverwaltung hat sich leider von Fehlgriffen nicht freigehalten, indem sie aus falschem Spartriebe mit Lohnverkürzungen und Arbeiterentlassungen vorgegangen ist, wie sie kaum ein Privatmann vornehmen würde. Weiter hat die mangelhafte Ausführung der Arbeiterschutzgesetzgebung verhindert auf die Arbeiter eingewirkt. Zthalächlich gibt es in den Arbeitsordnungen sogar ungefährliche Bestimmungen. Diese zu beseitigen, sollte man sich in erster Linie angelegen lassen, um ein besseres Verhältnis zwischen Arbeitgebern und Arbeitern herzustellen.

Abg. Möller (nat.-lib.): Gegenüber den Angriffen, welche Herr von Stumm gegen die Beamten des Saarbrücker Bergreviers erhoben hat, bemerke ich, daß dies die denkbaren schärfsten sind. Allerdings ist auch nach der Meinung der westfälischen Bezirke im Saargebiet nicht energisch genug eingestritten und man hat dies auf den hemmenden Einfluß der Behörden zurückgeführt. Es ist deshalb mit Freuden zu begrüßen, daß der Minister erklärt hat, es solle jetzt den Behörden freie Hand gelassen werden. Ein triftiger Grund zum Strike geheftet; die Löhne im Saargebiet sind zwar etwas schwankend, aber angesichts der wirtschaftlichen Lage eher zu hoch als zu niedrig bemessen. Insbesondere gilt dies von den Löhnen der jüngeren Arbeiter. Eine Arbeitsordnung an sich ist zweckmäßig; unzweckmäßig ist es, daß vorher die Arbeiter über sie gehört werden sollen. Mit Herrn Hiltz kann ich in vielen übereinstimmen, aber in seinen staatssozialistischen Ausführungen scheint er zu sehr illusionär zu sein. Eine Versicherung gegen Arbeitslosigkeit könnte doch erst eintreten, wenn die Arbeiterorganisation durchgeführt wäre.

Minister v. Berlepsch: Die Löhne in Saarbrücken sind nicht, wie der Vorredner behauptet hat, schwankend gewesen, sie bewegen sich seit Jahren, aber immer etwas höher, in derselben Linie wie die Löhne im Ruhrgebiet.

Abg. Wijffel (wld.-lib.): Wenn wir gegenwärtig verschärfte Nothstände haben, so haben dieselben ihren Grund in der bisherigen protectionistischen Gesetzgebung. Wenn wir nur sehen, daß die Arbeiter auf höhere Löhne dringen und Anteil an dem Gewinn haben wollen, so können wir ihnen das nicht verdenken, denn wenn die Geschäftsunternnehmer größere Gewinne erzielen, so ist die Forderung nicht unberechtigt, daß auch die Arbeitnehmer davon ihren Anteil erhalten. Jetzt beklagen sich die Herren von der Rechten selbst über die Zustände, welche sie durch ihre protectionistische Gesetzgebung herbeigeführt haben.

Abg. Drechsler (soc.) verucht einen Widerspruch zwischen den beiden Reden des Ministers v. Bötticher und Kardorff. Den selben müßten doch wenigstens die Arbeiterentlassungen bei den Eisenbahnverwaltungen von dem Nothstand nachgewiesen. Die Aufforderung der Conservativen an die Arbeiter, die Städte wieder zu verlassen, sei an die falsche Adresse gerichtet. Die Gründbeißer sollten bessere Verhältnisse auf dem Lande schaffen, dann würden die Arbeiter dorthin zurückkehren. Charakteristisch sei das Abschieben der Armen vom Lande nach den Städten. Befreie des Strikes sei genug gesprochen. Die Socialdemokratie habe keinen Einfluss ausgeübt; wenn ihre Partei dort gewachsen sei, so habe die Heraussetzung der Löhne die Schulz, ebenso das Verhalten der Beamten. Das Verlangen des Abgeordneten Stumm nach einem neuen Socialistengesetz ist die Bankerotterklärung der Gesellschaftsordnung. Kommen Sie damit, Sie sollen auch bereit finden.

Staatssekretär v. Bötticher constatirt, daß der Vorredner ausdrücklich anerkenne, daß seine Partei die Unzufriedenheit schüre. Des weiteren sucht der Redner nachzuweisen, daß von einem allgemeinen Nothstand

nicht die Rede seine könne. In Sachsen zeige sich sogar ein nicht unbedeutlicher industrieller Aufschwung. Die Socialdemokratie müßten das übermäßige Zuströmen von ländlichen Arbeitskräften nach den Städten verhindern. Dadurch würden sie die Arbeitslosigkeit am besten steuern.

Die Debatte wird geschlossen. Die Interpellation ist damit erledigt. Nächste Sitzung Montag 1 Uhr. Erste Beratung der Brannmeinsteuer Novelle. (Schluß 6 Uhr.)

Deutschland.

Berlin, 15. Januar. Heute Vormittag wurde das Krönungs- und Ordensfest im königlichen Schloße in der herkömmlichen Weise begangen. Dasselbe begann in den braunschweigischen Kammern mit der Verleihung der Orden- und Ehrenzeichen an die neu decorierten Persönlichkeiten. Um 11½ Uhr versammelten sich die aktiven Staatsminister im Rittersaal, die königlichen Prinzen und Prinzessinen im Kurfürstensimmer, die Hoffstaaten und das Gefolge in der boistirten Galerie, während alle anderen zur Feier Geladenen um 12 Uhr in der Schloßkapelle zum Gottesdienst anwesend waren. Nachdem im Rittersaal den Majestäten die neuernannten Ritter und Inhaber von Orden pp., im Königin-Gemach die neu decorierten Damen des Luisenordens und des Verdienstkreuses vorgestellt worden waren, begaben sich die Herrschaften im geordneten Zuge nach der Schloßkapelle zum Gottesdienst, welcher von der Schloßkapelle zum Gottesdienst, welcher von dem Hof- und Domprediger Consistorialrath Bierer abgehalten wurde. Nach 1 Uhr sandt alsdann im Weisen Saale und dem angrenzenden Gemächer die Galatasel statt, zu welcher 800 Einladungen ergangen waren. Die Tafelmusik gaben die Kapellen des Kaiser Alexander-Garde-Grenadier-Regiments und des Garde-Füsilier-Regiments. Zu Seiten der Majestäten speisten die Prinzen und Prinzessinen des königlichen Hauses. Gegen Ende der Tafel trank der Kaiser auf das Wohl der alten und neu ernannten Ritter. Als dann verließen die Majestäten den Weisen Saal, um in den inneren Gemächern Cercle zu halten.

Der „Reichsanzeiger“, welcher heute Nachmittag in einer Extra-Ausgabe erschienen ist, enthält die vollständige Ordensliste.

Besonders bemerkenswertes aus der Liste der anlässlich des Krönungs- und Ordensfestes verliehenen Auszeichnungen:

Als Höchstdecorir (Großkreuz des rothen Adlerordens mit Eichenlaub) figurirt v. Seckel, General der Infanterie und commandirender General des 5. Armeecorps.

Von hohen Reichsbeamten seien erwähnt: Staatssekretär in Elsaß-Lothringen v. Puttkamer (Stern zum roten Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub), Unterstaatssekretär im Ministerium für Elsaß-Lothringen v. Koller (rother Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub), Director der Pers.-Abth. im Auswärtigen Amt Humbert (Stern zum roten Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub), der Director der Colonialabteilung im Auswärtigen Amt Dr. Ranter (rother Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub), Frhr. v. Goden, Generalgouverneur von Ostafrika (rother Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub), v. Puttkamer, hof. Commissar für das Togogebiet (rother Adlerorden 4. Klasse), Dr. Schulz, Präsident des Reichseisenbahnamts (rother Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub).

Der katholische Feldprobst D. Ahmann und der evangelische Feldprobst D. Richter erhielten den roten Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub. Ferner wurden decoriert die Mitglieder des evangelischen Oberkirchenrats Braun, Huber und Döblin. Unter den Ordensrichtern befinden sich die Parlamentarier v. Colmar-Hahn, Graf Salben-Abt, Frhr. v. Liliencron, sämmtlich conservativ, die nationalliberalen Abg. Graf (Ebersfeld) und Dr. Sattler, die Mitglieder des Centrums Graf (Hohenlohe) und Rintelns sowie ihr Parkeigenoß, der frühere Abgeordnete Frhr. v. Schorlemmer-Alst. Der Oberhofmeister der Kaiserin Friedrich, Graf Eckendorff erhielt den roten Adler-Orden 2. Klasse mit Eichenlaub.

A. Berlin, 15. Jan. Der hiesige Correspondent des „New York Herald“ berichtet über die Unterredung, die er mit Liebknecht in Sachen der Weisheitsfonds-Quitungen gehabt hat. L. habe ihm gesagt, die Führer der socialdemokratischen Partei würden demnächst in einer Conferenz darüber berathen, ob sie die Niedersetzung einer parlamentarischen Untersuchungs-Commission anstreben sollen. — Der „Dormärkt“ hat von dieser Absicht bisher nichts verlauten lassen. Wir glauben deshalb, daß der Amerikaner ein wenig flunkert. Oder sollte der Chefredacteur des socialdemokratischen Organs wirklich sich hinter eine parlamentarische Enquête verkrieden wollen, statt sein Wort endlich einzulösen und die Namen der angeblichen Quitungsaussteller zu veröffentlichen? Das wäre nicht sehr tapfer gehandelt. Herr Liebknecht hat die Enthüllungen doch nicht im Parlament, sondern im „Dormärkt“ gemacht.

* [Zur Hochzeitfeier der Prinzessin Margaret] wird ein Theil der Gäste schon einige Tage vor der Hochzeit in Berlin eintreffen, um dem am 20. im Weisen Saale stattfindenden Ballo, der Familientafel am 22. beim Kaiserpaar, am 23. der Galatasel im Weisen Saale und am 24. der Galatasel bei der Kaiserin Friedrich beizuhören. Das Programm für die Vermählung wird, wie die „Post“ hört, genau dem bei der Vermählung der Prinzessin Victoria entworfenen entsprechen. Der standesamtliche Akt wird im großen Saale des Palais der Kaiserin Friedrich stattfinden, worauf die Kaiserin mit der bräutlichen Tochter sich in großer Auffahrt nach dem königlichen Schloß begeben wird, wo die kirchliche Trauung in der Schloßkapelle stattfindet. Nach der Trauung werden sich die Neuwähnten nach dem Potsdamer Stadtschloß begeben.

* [Der Schulfonds des Auswärtigen Amtes], aus dem nicht nur deutsche Schulen im Ausland, sondern auch andere zu gemeinnützigen Zwecken im Ausland bestehende vaterländische Unternehmen unterstellt werden, hat sich im Hinblick auf die zahlreichen, an diesen Fonds herantretenden Anforderungen als unzureichend erwiesen. Bisher war es nur dadurch möglich, mit dem bisherigen Gange (60 000 Mark) auszukommen, daß entweder Anträge wegen Unterstützung von deutschen Schulen und gemeinnützigen Unternehmen unberücksichtigt blieben oder nicht in der erbetenen Höhe Berücksichtigung fanden. Bei der großen Zahl unterließungsbedürftiger Schulen, wie sie namentlich im Orient und in Südamerika, aber auch andernorts bestehen, und der hohen Bedeutung, die der Schulfonds für die Erhaltung des Deutschthums im Ausland hat, erscheint eine

Erhöhung um 40 000 Mk., also auf 100 000 Mk., wohl gerechtfertigt. Die Summe ist im Etat für 1893/94 in Ansatz gebracht.

* [Die Nachweisung der Domänenverpachtung.] Die Nachweisung über die Ergebnisse der anderweitigen Verpachtung der im Jahre 1892 pachtlos gewordenen Domänenvorwerke ist im Abgeordnetenhaus erschienen. In Ostpreußen wurden 555 Hectar mit einem Grundsteuerertrag von 3511 Mk. für 7800 Mk. neu verpachtet, während vor der Neuverpachtung der Flächeninhalt 523 Hectar und der damalige Pachtzins 8285 Mk. 70 Pf. betrug. Der neue Pachtzins betrug 459 Mk. 70 Pf. weniger. In Westpreußen wurden 1657 Hectar (gegen 1657 Hectar vor der Neuverpachtung) mit 20 682 Mk. Grundsteuerertrag für 32 010 Mk. (gegen 41 530 Mk. 32 Pf. vor der Neuverpachtung) also weniger 9520 Mk. 32 Pf. verpachtet. In der Provinz Brandenburg wurden neu verpachtet 914 Hectar (gegen 927 vor der Neuverpachtung) mit 22 404 Mk. Grundsteuerertrag für 40 482 Mk. (gegen 48 940 Mk. 60 Pf. vor der Neuverpachtung) also jetzt weniger 8981 Mk. 60 Pf. In Posen wurden neu verpachtet 1358 Hectar (gegen 1350 Hectar vor der Neuverpachtung) mit 6131 Mk. Grundsteuerertrag für 12 373 Mk. (früherer Pachtzins 147 748 Mk. 31 Pf. 64 Pf. also jetzt weniger 1751 Mk. 31 Pf.). In Pommern wurden neu verpachtet 4415 Hectar (gegen 4467 Hectar vor der Neuverpachtung) mit 152 294 Mark Grundsteuerertrag für 310 244 Mk. (früherer Pachtzins 231 804 Mk. 76 Pf. also jetzt mehr 78 439 Mk. 24 Pf.). In Hessen-Nassau sind neu verpachtet 410 Hectar mit 10 403 Mk. Reinert ertrag, für 15

Die Centraleleitung steht unter dem Artilleriechef, zugleich Chef-Instructor der Festungsartillerie, dem Geniechef und dem Chef des Materialien. Die Süßfront steht unter einem besonderen Verwalter, ebenso die Werke in Andermatt und der Turka. Diese Verwaltern sind für den Unterhalt der Forts ic. nötigen Unteroffiziere, Mechaniker, Maschinisten &c. beigegeben. Die eigentliche Sicherheitswache besteht für das Fort Airolo aus 9 Unteroffizieren und 24 Mann; für das Werk auf Stuli, oberhalb Airolo, aus 3 Unteroffizieren und 6 Mann, für die Werke bei Andermatt (Forts Bühl und Bälzberg) aus 16 Mann. Die Mannschaften der Sicherheitswachen werden aus Freiwilligen der Festungsartillerie rekrutiert und erhalten einen Tagesold von 4 Franken und 50 Rappen für die Unteroffiziere und 4 Franken für die Mannschaften, wofür sie sich jedoch selbst zu verpflegen haben.

In der Aushebung der Festungsartillerie ist insofern eine Änderung eingetreten, als die Mannschaften des Beobachtungscorps und die Maximgewehrschülen besonders ausgehoben und ausgebildet werden. Der voraussichtliche Bestand des Beobachtungscorps und der Maximgewehrschülen ist auf je 300 Mann festgesetzt, letztere mit 24 auf sogenannten Räten getragenen Gewehren. Die Zahl der nächstjährigen Rekruten ist 65 Beobachter und 35 Maximgewehrschülen.

Der weitere Ausbau der Festungsmerke erfordert in Andermatt eine größere Anzahl von Magazinen für das gesammte Geschützmaterial der beweglichen äußeren Vertheidigung, wie auch für Lebensmittel und die Kleiderreserve. Dieselben sollen als hölzerne Schuppen erstellt werden, und sind 50 000 Franken dafür im nächstjährigen Budget eingestellt worden. Außerdem sollen Vorstudien gemacht werden, um in Andermatt ein Verwaltungsgebäude und Platzcommando in Verbindung mit Asernement für ein Infanteriebataillon zu erbauen. Das Gebäude soll vertheidigungsfähig sein und eine Rehfront von mehreren Stockwerken besitzen. Um auf der Oberalp und an der Turka von vornherein auch bei einem raschen Bezug der ersten Stellung artilleristisch wirksam austreten zu können, werden nun in der Nähe der Unterkunftslokale Magazine für Artilleriemunition angelegt werden.

Choleranachrichten.

Hamburg, 15. Januar. (Teleg.) Bei einer unter verdächtigen Symptomen erkrankten Frau ist heute durch die bakteriologische Untersuchung Cholera festgestellt worden.

Coloniales.

* [Der Gouverneur von Ostafrika], Frhr. v. Geden, begibt sich nächste Woche aus Gesundheitsrücksichten nach Bombay. Die Annahme liegt nahe, daß er dadurch ein Übergang zu seinem größeren Urlaub antritt und der Gouverneursposten frei wird, da er nicht in sein bisheriges Amt zurückkehren wird.

Danzig, 16. Januar.

* [Buchverschiffungen.] In der ersten Hälfte des Monats Januar sind in Neufahrwasser an inländischem Rohzucker verschifft worden: 32 280 Zollcentner nach England, 4000 nach Holland (gegen 54 200 in der gleichen Zeit des Vorjahres). Gesamt-Export in der Campagne bis jetzt 610 870 Zollcentner (gegen 1 190 210 resp. 816 848 Zollcentner in der gleichen Zeit der beiden Vorjahre). Lagerbestand in Neufahrwasser am 16. Januar 1893: 480 000, 1892: 327 356, 1891: 834 794 Zollcentner. An russischem Zucker sind bisher 25 960 Zollcentner verschifft und 4200 Zollcentner noch auf Lager. In voriger Campagne waren bis Mitte Januar 247 280 Zollcentner verschifft und 96 800 noch auf Lager.

* [Eisverhältnisse.] Das vor unserm Hafen angehäufte Eisfeld ist nun vollständig abgetrieben; nur zwischen den Molen und im Hafenkanal selbst liegt die Eisdecke noch fest. Der Aufbruch der Eisdecke zwischen hier und Neufahrwasser ist bei dem starken Frost vollständig eingestellt.

Der Dampfer „Rudolf“, welcher am Freitag mit großer Mrthe sich durch die Eismassen den Weg zur See bahnte, um nach Swinemünde zu gehen, hat den dortigen Hafen nicht erreichen können, sondern ist, wie hierher gemeldet wird, eine Meile vor Swinemünde vom Eise eingeschlossen worden.

* [Ordensverleihungen.] Bei dem gestern in Berlin begangenen Krönungs- und Ordensfest sind u. a. folgende Ordensdecorationen verliehen worden: Der rothe Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe dem Generalmajor v. Brodowski, Commandeur der 70. Infanterie-Brigade in Thorn. Der rothe Adlerorden 2. Klasse mit Eichenlaub den Contre-Admiralen v. Diederichs und Oldebeck; dem Geh. Ober-Finanzrat Lüwe, Provinzial-Steuereirector in Königsberg. Der rothe Adlerorden 3. Klasse mit der Schleife: Graf Baudissin, Landrat zu Schivelbein; Bode, Ober-Regierungsrath zu Marienwerder; Dr. Böhme, Generalarzt des 17. Armeecorps in Danzig; Drescher, Erster Staatsanwalt beim Landgericht I. zu Berlin (früher in Danzig); Emel, Land-

Bekanntmachung.

In unsern Genossenschaftsregister ist heute unter Nr. 12 die Genossenschaft in Straße, Danziger Spar- und Bauverein eingetragene Genossenschaft mit befrüchteter Haftpflicht mit dem Sitz in Danzig eingetragen und hierbei folgender Vermerk gemacht:

A. Das Statut lautet vom 27. September 1892 und befindet sich im Beilagebande.

B. Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, der Erwerb und die Vermietung von Wohnhäusern, deren Vermietung an Genossen, sowie die Annahme und Verwaltung von Spareinlagen der Genossen.

C. Vorstandsmitglieder sind:

1. Marine-Obermeister Franz Eduard Heinrich Carl Triebel.
2. Marine-Werkmeister Wilhelm August Friedrich Pitschell.
3. Kesselschmied Carl Julius Baar, Schlosserfreiter zu 1. Schiffssimmergesell Franz Wilhelm Gründlich.
- zu 2. Metalldecker Carl Ferdinand Wedhorn,
- zu 3. Kesselschmied Carl Ludwig Karsch, fämmlich aus Danzig.

D. Alle Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen unter der Firma, welche je nach dem Sitz vom Vorstande oder Aufsichtsrat erlassen werden, der Jurat „Der Vorstand bzw. der Aufsichtsrat“ nebst Unterschriften von zwei Vorstandsmitgliedern oder deren

Stellvertretern, bzw. des Vorstandes des Aufsichtsrates oder dessen Stellvertreter hinzufügen ist, und werden durch einmalige Einrichtung im Danziger Intelligenzblatt veröffentlicht.

E. Mündliche und schriftliche Willenserklärungen des Vorstandes sind für die Genossenschaft verbindlich, wenn zwei Vorstandsmitglieder oder zwei Stellvertreter oder ein Vorstandsmittel und ein Stellvertreter sie abgeben bzw. der Firma der Genossenschaft ihre eigenhändige Unterschrift hinzugefügt haben.

F. Die haftpflichtige Genossenschaft für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft sowohl dieser wie unmittelbar den Gläubigern gegenüber ist im Vorraus auf die Summe von 200 M. für jeden erworbenen Geschäftsantheil, welcher ebenfalls auf 200 M. festgesetzt ist, beschränkt und darf ein Genosse nicht mehr als drei Geschäftsantheile erwerben.

Die Einsicht in die Liste der Genossen ist während der Dienstzeit des Gerichts Langenmarkt Nr. 43 jedem gestattet.

Danzig, den 7. Januar 1893.
Königliches Amtsgericht X.

G. Das Statut lautet vom 27. September 1892 und befindet sich im Beilagebande.

H. Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, der Erwerb und die Vermietung von Wohnhäusern, deren Vermietung an Genossen, sowie die An-

nahme und Verwaltung von Spareinlagen der Genossen.

I. Vorstandsmitglieder sind:

1. Marine-Obermeister Franz Eduard Heinrich Carl Triebel.
2. Marine-Werkmeister Wilhelm August Friedrich Pitschell.
3. Kesselschmied Carl Julius Baar, Schlosserfreiter zu 1. Schiffssimmergesell Franz Wilhelm Gründlich.
- zu 2. Metalldecker Carl Ferdinand Wedhorn,
- zu 3. Kesselschmied Carl Ludwig Karsch, fämmlich aus Danzig.

J. Alle Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen unter der Firma, welche je nach dem Sitz vom Vorstande oder Aufsichtsrat erlassen werden, der Jurat „Der Vorstand bzw. der Aufsichtsrat“ nebst

Unterschriften von zwei Vorstandsmitgliedern oder deren

Stellvertretern, bzw. des Vorstandes des Aufsichtsrates oder dessen Stellvertreter hinzufügen ist, und werden durch einmalige Einrichtung im Danziger Intelligenzblatt veröffentlicht.

K. Mündliche und schriftliche Willenserklärungen des Vorstandes sind für die Genossenschaft verbindlich, wenn zwei Vorstandsmitglieder oder zwei Stellvertreter oder ein Vorstandsmittel und ein Stellvertreter sie abgeben bzw. der Firma der Genossenschaft ihre eigenhändige Unterschrift hinzugefügt haben.

L. Die haftpflichtige Genossenschaft für die Verbindlichkeiten der Genossenschaft sowohl dieser wie unmittelbar den Gläubigern gegenüber ist im Vorraus auf die Summe von 200 M. für jeden erworbenen Geschäftsantheil, welcher ebenfalls auf 200 M. festgesetzt ist, beschränkt und darf ein Genosse nicht mehr als drei Geschäftsantheile erwerben.

Die Einsicht in die Liste der Genossen ist während der Dienstzeit des Gerichts Langenmarkt Nr. 43 jedem gestattet.

Danzig, den 7. Januar 1893.
Königliches Amtsgericht X.

M. Das Statut lautet vom 27. September 1892 und befindet sich im Beilagebande.

N. Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, der Erwerb und die Vermietung von Wohnhäusern, deren Vermietung an Genossen, sowie die An-

nahme und Verwaltung von Spareinlagen der Genossen.

O. Vorstandsmitglieder sind:

1. Marine-Obermeister Franz Eduard Heinrich Carl Triebel.
2. Marine-Werkmeister Wilhelm August Friedrich Pitschell.
3. Kesselschmied Carl Julius Baar, Schlosserfreiter zu 1. Schiffssimmergesell Franz Wilhelm Gründlich.
- zu 2. Metalldecker Carl Ferdinand Wedhorn,
- zu 3. Kesselschmied Carl Ludwig Karsch, fämmlich aus Danzig.

P. Alle Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen unter der Firma, welche je nach dem Sitz vom Vorstande oder Aufsichtsrat erlassen werden, der Jurat „Der Vorstand bzw. der Aufsichtsrat“ nebst

Unterschriften von zwei Vorstandsmitgliedern oder deren

Stellvertretern, bzw. des Vorstandes des Aufsichtsrates oder dessen Stellvertreter hinzufügen ist, und werden durch einmalige Einrichtung im Danziger Intelligenzblatt veröffentlicht.

Q. Das Statut lautet vom 27. September 1892 und befindet sich im Beilagebande.

R. Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, der Erwerb und die Vermietung von Wohnhäusern, deren Vermietung an Genossen, sowie die An-

nahme und Verwaltung von Spareinlagen der Genossen.

S. Vorstandsmitglieder sind:

1. Marine-Obermeister Franz Eduard Heinrich Carl Triebel.
2. Marine-Werkmeister Wilhelm August Friedrich Pitschell.
3. Kesselschmied Carl Julius Baar, Schlosserfreiter zu 1. Schiffssimmergesell Franz Wilhelm Gründlich.
- zu 2. Metalldecker Carl Ferdinand Wedhorn,
- zu 3. Kesselschmied Carl Ludwig Karsch, fämmlich aus Danzig.

T. Alle Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen unter der Firma, welche je nach dem Sitz vom Vorstande oder Aufsichtsrat erlassen werden, der Jurat „Der Vorstand bzw. der Aufsichtsrat“ nebst

Unterschriften von zwei Vorstandsmitgliedern oder deren

Stellvertretern, bzw. des Vorstandes des Aufsichtsrates oder dessen Stellvertreter hinzufügen ist, und werden durch einmalige Einrichtung im Danziger Intelligenzblatt veröffentlicht.

U. Das Statut lautet vom 27. September 1892 und befindet sich im Beilagebande.

V. Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, der Erwerb und die Vermietung von Wohnhäusern, deren Vermietung an Genossen, sowie die An-

nahme und Verwaltung von Spareinlagen der Genossen.

W. Vorstandsmitglieder sind:

1. Marine-Obermeister Franz Eduard Heinrich Carl Triebel.
2. Marine-Werkmeister Wilhelm August Friedrich Pitschell.
3. Kesselschmied Carl Julius Baar, Schlosserfreiter zu 1. Schiffssimmergesell Franz Wilhelm Gründlich.
- zu 2. Metalldecker Carl Ferdinand Wedhorn,
- zu 3. Kesselschmied Carl Ludwig Karsch, fämmlich aus Danzig.

X. Alle Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen unter der Firma, welche je nach dem Sitz vom Vorstande oder Aufsichtsrat erlassen werden, der Jurat „Der Vorstand bzw. der Aufsichtsrat“ nebst

Unterschriften von zwei Vorstandsmitgliedern oder deren

Stellvertretern, bzw. des Vorstandes des Aufsichtsrates oder dessen Stellvertreter hinzufügen ist, und werden durch einmalige Einrichtung im Danziger Intelligenzblatt veröffentlicht.

Y. Das Statut lautet vom 27. September 1892 und befindet sich im Beilagebande.

Z. Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, der Erwerb und die Vermietung von Wohnhäusern, deren Vermietung an Genossen, sowie die An-

nahme und Verwaltung von Spareinlagen der Genossen.

A. Vorstandsmitglieder sind:

1. Marine-Obermeister Franz Eduard Heinrich Carl Triebel.
2. Marine-Werkmeister Wilhelm August Friedrich Pitschell.
3. Kesselschmied Carl Julius Baar, Schlosserfreiter zu 1. Schiffssimmergesell Franz Wilhelm Gründlich.
- zu 2. Metalldecker Carl Ferdinand Wedhorn,
- zu 3. Kesselschmied Carl Ludwig Karsch, fämmlich aus Danzig.

C. Alle Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen unter der Firma, welche je nach dem Sitz vom Vorstande oder Aufsichtsrat erlassen werden, der Jurat „Der Vorstand bzw. der Aufsichtsrat“ nebst

Unterschriften von zwei Vorstandsmitgliedern oder deren

Stellvertretern, bzw. des Vorstandes des Aufsichtsrates oder dessen Stellvertreter hinzufügen ist, und werden durch einmalige Einrichtung im Danziger Intelligenzblatt veröffentlicht.

E. Das Statut lautet vom 27. September 1892 und befindet sich im Beilagebande.

F. Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, der Erwerb und die Vermietung von Wohnhäusern, deren Vermietung an Genossen, sowie die An-

nahme und Verwaltung von Spareinlagen der Genossen.

G. Vorstandsmitglieder sind:

1. Marine-Obermeister Franz Eduard Heinrich Carl Triebel.
2. Marine-Werkmeister Wilhelm August Friedrich Pitschell.
3. Kesselschmied Carl Julius Baar, Schlosserfreiter zu 1. Schiffssimmergesell Franz Wilhelm Gründlich.
- zu 2. Metalldecker Carl Ferdinand Wedhorn,
- zu 3. Kesselschmied Carl Ludwig Karsch, fämmlich aus Danzig.

I. Alle Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen unter der Firma, welche je nach dem Sitz vom Vorstande oder Aufsichtsrat erlassen werden, der Jurat „Der Vorstand bzw. der Aufsichtsrat“ nebst

Unterschriften von zwei Vorstandsmitgliedern oder deren

Stellvertretern, bzw. des Vorstandes des Aufsichtsrates oder dessen Stellvertreter hinzufügen ist, und werden durch einmalige Einrichtung im Danziger Intelligenzblatt veröffentlicht.

K. Das Statut lautet vom 27. September 1892 und befindet sich im Beilagebande.

L. Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, der Erwerb und die Vermietung von Wohnhäusern, deren Vermietung an Genossen, sowie die An-

nahme und Verwaltung von Spareinlagen der Genossen.

M. Vorstandsmitglieder sind:

1. Marine-Obermeister Franz Eduard Heinrich Carl Triebel.
2. Marine-Werkmeister Wilhelm August Friedrich Pitschell.
3. Kesselschmied Carl Julius Baar, Schlosserfreiter zu 1. Schiffssimmergesell Franz Wilhelm Gründlich.
- zu 2. Metalldecker Carl Ferdinand Wedhorn,
- zu 3. Kesselschmied Carl Ludwig Karsch, fämmlich aus Danzig.

N. Alle Bekanntmachungen der Genossenschaft erfolgen unter der Firma, welche je nach dem Sitz vom Vorstande oder Aufsichtsrat erlassen werden, der Jurat „Der Vorstand bzw. der Aufsichtsrat“ nebst

Unterschriften von zwei Vorstandsmitgliedern oder deren

Stellvertretern, bzw. des Vorstandes des Aufsichtsrates oder dessen Stellvertreter hinzufügen ist, und werden durch einmalige Einrichtung im Danziger Intelligenzblatt veröffentlicht.

P. Das Statut lautet vom 27. September 1892 und befindet sich im Beilagebande.

Q. Gegenstand des Unternehmens ist der Bau, der Erwerb und die Vermietung von Wohnhäusern, deren Vermietung an Genossen, sowie die An-

nahme und Verwaltung von Spareinlagen der Genossen.

Mein Ausverkauf wegen Geschäfts-Ausgabe bietet Gelegenheit zu vertheilhaften Einkäufen zu

Braut-Ausstattungen in Leib-, Tisch-, Bett-, Haus- und Küchen-Wäsche, Betten etc.

Fr. Carl Schmidt, Danzig.

2769

Bestellungen, auch auf Herren-Wäsche und Erstlings-Ausstattungen, werden bis zum Ende des Ausverkaufs unverändert gediegen und geschwackt ausgeführt.

Elise Maass.
Arthur Wallner.
Bertolt.

Langfuhr, 15. Januar 1893.

Heute Nachmittag 2 Uhr starb
nach kurzem Leiden mein
lieber Mann, unser guter Bruder,
Schwager und Onkel

Heinrich Schulz
in allen 33 Lebensjahren, welches
ich allen Bekannten betrübt anzeigt.
Die trauernde Gattin
Anna Schulz geb. Romische.

Die Beerdigung findet den
18. d. Mts., Nachmittags 2 Uhr,
vom Trauerhaus Aneipab 15/16
aus nach dem St. Nicolai-Kirch-
hof Halbe Allee statt. (2752)

Danzig, den 13. Januar 1893.

Gestern Nacht 11½ Uhr verließ
in Folge der Entbindung meine
innig geliebte Frau, unsere liebe
Tochter, Schwester u. Schwägerin
Hulda Wanner geb. Dehnke.

Um stilles Beileid bitten

Die stiefelbürtigen Hinter-
bliebenen.

Gilberhammer, 15. Januar 93

Die Beerdigung findet Donner-
tag, Nachmittag um 4 Uhr statt,
von der Leichenhalle des neuen
Heil. Leichnam-Kirchhofes.

Gestern früh 3 Uhr starb
nach langem schweren Lei-
den unsere liebe gute
Mutter, Frau

Franziska Czesla,
geb. Weingärtner,

im fast vollendeten 73. Le-
bensjahr, welches allen
Bekannten hiermit tief be-
trübt angezeigt.

Danzig, 16. Januar 1893

Die trauernden Hinter-
bliebenen.

Die Beerdigung des Herrn
J. J. Jen findet Mittwoch,
den 18. d. Mts., Borm.
10 Uhr, vom Trauerhaus
Baumgartnigasse 13 auf
dem St. Petri-Kirchhofe
in der Allee statt.

Bekanntmachung.
Behufs Verklärung der Ge-
sunfälle, welche der Dampfer
Theodor Burghard, Captain
Pedro, auf der Reise von Dün-
kirchen nach Danzig erlitten hat,
haben wir einen Termin auf
den 17. Januar cr.,

Borm. 10 Uhr,
in unse- rer Schiffs-
mark 43, unveraumt. (2753)

Danzig, den 14. Januar 1893.

Königliches Amtsgericht X.

Bekanntmachung.

In der Paul Diener'schen Con-
curs-schule wird im Anschluß an
unfere Bekanntmachung vom
23. November 1892 bekannt ge-
macht, daß zu einer neuen Gläu-
bigerverfammlung, zur Wahl
eines Verwalters und event.
Gläubiger-Ausschusses und zur
Prüfung der angemeldeten Vor-
derungen ein weiterer Termin auf
den 2. Februar 1893,

Borm. 10 Uhr,
anberaumt worden ist.

Gollub, den 6. Januar 1893.

Königliches Amtsgericht.

Bekanntmachung.

Über den Nachl. des am
28. Dezember 1892 zu Mohrungen
verstorb. Bäckermeisters Adolf
Haftken und das gütigemein-
schaftliche Vermögen seiner Witwe
Marie Haftken, geb. Dörk, zu
Mohrungen ist heute den 13.
Januar 1893, Nachm. 7 Uhr,
des Concursverfahren eröffnet.

Der Kaufmann S. K. Balawski
in Mohrungen ist zum Concurs-
verwalter ernannt.

Anmeldestift für die Concurs-
forderungen bis zum 20. Febr.
1893.

Erste Gläubiger-Verfammlung
den 6. Februar 1893, Vor-
mittags 10 Uhr.

Prüfungstermin den 6. März
1893, Bormittags 10 Uhr, vor
dem Amtsgericht zu Mohrungen,
Zimmer Nr. 8.

Offizier Arrest mit Anzeigetrist
bis zum 1. Februar 1893.

Mitschriften, d. 13. Januar 1893.

Wolff, Secrétaire,
Gerichtsschreiber des Königl.
Amtsgerichts. (2751)

Bekanntmachung.

In dem Concursverfahren über
das Vermögen des Handels-
manns Michael Stein zu Neu-
Poleschen soll mit Genehmigung
des Gerichts die Schlufverwertung
erfolgen. Dazu sind M. 2884,43
verfügbar. Zu berücksichtigen sind
M. 43,04 bevorrechtigte Forde-
rungen und M. 2843,39 nicht be-
vorrechtigte Forderungen.

Berent, den 14. Januar 1893.

Max Kallmann,
Concurs-Verwalter.

Gelegenheitsgedichte
ersten sowie heiteren Inhalts
werden angefertigt. Danzig,
Hinnerbürg 15/16 part.

Das neueste Verzeichniß
der
Bücher und Journale

wird ausgegeben in der
Leihbibliothek von

H. Engel, Jopeng. 20,
parterre, 3. Thüre.

Hafen-Bauinspektion

Memel.

Die Lieferung von 30000 Cent.
Maschinenehren und 1000 Cent.
Schmiedehohlen für das Re-
chnungsjahr 1892/93 soll im Wege
der öffentlichen Verdingung ver-
geben werden.

Versiegelt mit entsprechender
Aufschrift verlebte Angebote
sind bis zum Gründungstermin
Mitwoch, 15. Februar 1893.

Vormittags 11 Uhr,
an den Unterzeichneten portofrei
eingesendet.

Die Lieferungs-Bedingungen
liegen während der Dienststunden
im Geschäftszimmer des Unter-
zeichneten zur Einsicht aus, können
durch Einholung von 1 M. 50 S.
Geschäftsbüchern bezogen werden.

Zuschlagsfrist 4 Wochen.
Memel, den 13. Januar 1893.

Der Königliche Baurath.

Dempwolff.

Im Auftrage des

Eigenthümers

werde ich am Mittwoch, den
18. cr. Mittags 12½ Uhr, in
meinem Comtoir, Langer Markt
Nr. 5.

Anth. im Schiffe „Otto Linck“
Agnes Linck
Elise Linck

öffentlicht meistbietend versteigern.

Der Auflauf erfolgt eventuell
Abends 6 Uhr an demselben

Tage. (2473)

G. L. Hein,

Schiffsmaler.

Zur ordentlichen
General-Versammlung
des Johannes-Gitfes,

welche am Mittwoch, den 18.
Januar, Abends 6 Uhr, im Saale
des Hauses Junkerstraße & Armen-
Unterstützungs-Verein Eintritt
Mauerberg 3, stattfindet, laden
wie unsere Mitglieder hiermit
ergeben ein.

Zugesordnung:

1) Entlastung der Jahresrechnung
von 1891.

2) Jahresbericht für 1892.

3) Wahl der Rechnungsrevieren.

Der Vorstand.

J. A.: Mannhardt. (2687)

Loose zur Auhmehallen-Lotterie
a 1 M.

Loose zur Trepitzer Silber-
Lotterie a 1 M.

zu haben bei

Th. Bertling.

Loose:

Römer-Sombau-Lotterie a 3 M.
Römerhalle-Schreib a 1 M.
Weißer Gold-Lotterie a 3 M.
Dani. Silber-Lotterie a 1 M.

zu haben in der

Exped. der Danziger Zeitung.

Lessons de français-Con-
versation, Correspondance,
Grammaire.

S'adresser J. de Fontelive.

Holzmarkt 10, 12 b. 2 Uhr.

Th. Eisenhauer's

Musikalienhandlung und

Leithalt

Langer Markt 65.

Abonnements für hiesige
und Auswärtige zu den
günstigsten Bedingungen.
Täglich Eingang von Novi-
täten. Anschriftenbewilligung
bereitwillig.

Allgemein anerkannt das Beste
für hohe Zähne ist: Apothe-
ker Heimbauer's

Schmerzstillender Zahnhitt

zum Gelbstplombiren hoher
Zähne. Preis p. Schachtel M. 1.
p. Schachtel 60 S., zu bestehen
den Apotheken. In Danzig in
der Rathsapotheker von C. Korn-
staedt und in der Altstadt-Apo-
theker von H. Liebau. (2763)

Heute neue Sendung

Zander,

pfund 45 S.

Wilh. Goertz,

Fräugewässer Nr. 46.

Gesichtshandlung. (2764)

Vorläufig gut geröstete

ff. marinirte

Weihsel-Reinungen

in 1/2 und 1/4 Schokässern u.

elegante Blechdosen verpackt,

sowie im Einzelverkauf,

empfiehlt und verendet zum

billigsten Preise

Alexander Heilmann,

Scheibenrittergasse 9.

Räucher-Sale

a 50 à 1 M. frische Sale

50 à 65 à pro lb. Alabritzen

50 à 65 à pro

Beilage zu Nr. 19925 der Danziger Zeitung.

Montag, 16. Januar 1893.

Mitwirthschaft in Rio Grande do Sul.
Aus Rio Grande do Sul, vom 12. November
wird der „Röhn. Ztg.“ geschrieben:

Unser unglücklicher Staat, der seit Jahren in unerquicklichsten Zuständen lebt, leidet von Tag zu Tag mehr unter den Folgen der republikanischen Mitwirthschaft. Nur in den Städten und auf den Colonien bestehen noch leidlich geordnete Verhältnisse, sonst überall ist alles aus Rand und Band. Raum hatten wir die schweren Folgen der Juni-Revolution überwunden und der Hoffnung leben können, wieder ruhigen Zeiten entgegenzugehen, als Ende Oktober abermals eine Revolution ausbrach. Auch diesmal gab es überhaupt keine Revolutionäre, nur die herrschende republikanische Partei schritt einstellig gegen die Opfer ihres Hasses vor. Es hätte allerdings der Plan einer Revolution der Föderalisten bestanden, und dieser Plan wurde durch ausgesandte Correspondenzen verraten. Deshalb zog die republikanische Partei Streitkräfte zusammen und nahm viele Verhaftungen vor. An einzelnen Stellen suchten auch die gegnerischen Chefs ihre Mannschaften zu vereinen in der Vorabschaltung, daß von Uruguay her General Silva Tavares und andere Führer der Föderalistischen mit Freischäften einfallen würden. Es kam indessen nicht dazu und die Ruhe blieb, von einzelnen kleinen Gescheften abgesehen, ungefährt. So konnte auf neue die Verfolgung aller Gegner beginnen, die schon so namenloses Elend über diesen Staat gebracht hat. Bezeichnet ist die Ungeniertheit, mit welcher die Staatsregierung und ihre Organe morden. Welchen Werth kann man einer Regierung beimesse, welche Gegner, die ihr unbequem sind oder es werden können, ermorden läßt, ohne es auch nur für nötig zu halten, den Schein einer Untersuchung zu wahren? In Porto Alegre wurde auf offener Straße der Auctionator Paiva zum Arsch geschossen, ohne daß dem Thäter der Prozeß gemacht worden wäre, und er lief wohl heute noch frei in Porto Alegre umher, wenn er nicht aus Angst vor der Volksrache hätte flüchten müssen. In Pelotas bediente sich der republikanische Führer Dr. Piratininga u. a. der Dienste eines Mordgesellen, eines „Capanga“ Namens Carolino, der schon mehrere politische Morde begangen hat. Zum Schein ließ man eine Untersuchung gegen ihn einleiten, die aus Mangel an Beweisen aufgehoben wurde, obgleich der Mörder nie ein Heil aus seinen Thaten mache und sie damit entschuldigte, daß er nur ausgeführt, was seine Herren ihn heissen. Zu den neueren Opfern der offiziellen Mordlust gehört leider auch eines der angefeindeten Glieder der deutschen Colonia, Friedrich Hänzel, über dessen Ermordung Sie schon Nachricht erhalten haben werden. Während Karl von Roerich durch und durch Staatsmann, erfahrener Politiker und glänzender Journalist war, lag Hänzels Stärke auf innerpolitischen, zumal wirtschaftlichen Gebiete, wie er denn jederzeit einer der besten Kenner des Staatsbudgets war. Ihm wie Roerich schulden die deutschen Colonien viele Fortschritte und nützliche Maßnahmen. Von den Colonien war, wie es scheint, nur Santa Cruz durch die Revolution vom 1. November in Unabhängigkeit gekommen worden. Dort fanden zahlreiche Verhaftungen statt, welche durch das Eingreifen des Polizei-Delegado Zielstor rückerklärt wurden, worauf dieser jedoch abgesetzt wurde. Waren die Gefangenen nicht freigelassen worden, so würden die Bewohner der angrenzenden Picaden schon am selben Tage ihre Landsleute befreit haben. Die Colonisten wollen sich einer gewaltfamen Einmischung in politische Wirren möglichst enthalten, aber sie scheinen auch nicht geneigt. Überfälle von republikanischen Streitkräften, Ketturkung und Einwassung sind unbedingt zu ertragen. Wenn sie einig und mutig genug sind, dieses Verhalten auch ferner durchzuführen, so werden sie ungefährdet Zeiten überstehen, welche die Kampanha wie ein alles vernichtendes Ungewitter überziehen. Die Schonung der Colonien liegt übrigens im Interesse aller Parteien, denn sie sind es, welche für einen großen Theil der Bevölkerung Brasiliens die Lebensmittel liefern. Ein Sack Bohnen, welcher in Rio Grande zu Anfang des Jahres noch 50 Milreis kostete, wird dort jetzt mit 32 bis 34 Milreis bezahlt. Es ist ungemeinlich, daß bei solchen Preisen nicht längst Bohnen, Erbsen u. dergl. eingeführt wurden.

Ein Bild vom Leben in der Kampanha zu ent-

werfen, ist schließlich der Bericht, bei der jetzigen Sachlage kaum möglich — Jammer und Elend aller Orten. Die Republikaner holen den Gegnern überall Pferde und Vieh, oft auch Geld weg, und in jeder Weise werden alle verfolgt, die nicht zur Partei halten. Ueberall Mord ohne Gnade. Leute, die einst das Haupt sehr hoch trugen, leben, soweit sie nicht in Uruguay in Sicherheit sind, im Wald oder in Sümpfen versteckt, ein Hundeleben. Männer, deren Jahreseinkommen 10 000 Mk. weit überstieg, wohnen bald hier, bald dort in den erbärmlichsten Hütten verborgen, indem Rummel und Verzweiflung auf der Estancia herrscht, wo Weiber und Kinder halb wahnsinnig vor Angst allein zurückgeblieben sind. Die Zahl derer, welche nach Uruguay geflüchtet sind, beträgt an 15 000, und immer noch hält die Auswanderung an, die Dampfer nach Rio und Montevideo sind mit Familien gefüllt, die in der Ferne die Rückkehr besserer Zeiten erwarten wollen. Bis jetzt sind es nur die Glieder einer Partei, welche diesem Jammer ausgesetzt sind, allein über Nacht kann das Blatt sich wenden, und dann wird die Rache in umgekehrter Richtung sich breit machen.

Abgeordnetenhaus.

15. Sitzung vom 14. Januar, 11 Uhr.
Die erste Berathung der Novelle zum Wahlgesetz wird fortgesetzt.

Abg. Graf Limburg-Stirum (cons.): wendet sich gegen die Vorschläge der freisinnigen Mitglieder. Glauben Sie doch nicht, daß es ohne eine starke conservative Partei geht. (Auf links: Ist schon gegangen!) Ja, aber wie? (Auf links: Wunderschön!) Das geheime Wahlrecht kann nur eingeführt werden gegen die Compensation, daß in Preußen, im größten deutschen Bundesstaate, ein Wahlrecht eingeführt wird, welches die gebührende Machtsicherung der bestehenden Klassen sichert. Wir sind der festen Überzeugung, daß wir auf dem rechten Wege sind, da wir die politischen Rechte gerade der Theorie der Bevölkerung vertreten, auf welche sich Regierung und Staat in Zeiten der Not zuerst stützen müssen. (Beifall rechts.)

Abg. Meyer-Berlin (frei.): Graf Limburg will noch die geringe Concession verweigern, welche die Regierung macht. Er will sich seine zwei Wahlmänner, die er in seinem Urwahlbezirk zu wählen hat, nicht nehmen lassen; er will sein „Recht“, welches er auf Grund seiner sozialen Stellung zu haben glaubt, nicht nehmen lassen. Graf Limburg billigt damit den Zustand, der früher als ein Curiosum galt, so daß man daraus die bekannte Anekdote gemacht hat, wie ein Brauereibesitzer, der einzige Wähler in der ersten Klasse, vor dem Wahlkommissarius erklärte: „Ich wähle mir und meinen Sohn Isidor.“ (Heiterkeit.) Gegenwärtig wird dieser Zustand von Ihnen (Kur Rechten) als ein Recht in Anspruch genommen. Die conservativen Parteien überall in der ganzen Welt halten fest an den bestehenden Staatsrechten und lassen sie sich nur Schrift für Schrift entziehen. Sie dagegen stehen gar nicht mehr auf dem Programm der alten conservativen Partei, sondern auf einem Programm von 1879, das in Ihrem Interesse eine Umwälzung herbeiführte, wie sie bei einer äußerlich friedlichen Lage im Lande niemals vorgekommen war. Wenn die conservative Partei wirklich eine starke Meinung im Lande vertritt, dann braucht sie doch nicht äußerliche Mittel zur Erhaltung ihres Einflusses aufzuzeigen.

Abg. Arendt (frei.): Herr Ritter beruft sich darauf, daß Fürst Bismarck einmal das Landtagswahlrecht das elendste aller Wahlsysteme genannt hat. Ich bin aber überzeugt, daß Fürst Bismarck sich heute nicht mehr so äußern würde. Mit dem Reichstagswahlrecht hat man hinreichend schlechte Erfahrungen gemacht. Zu den schlimmsten Ausführungen des allgemeinen Wahlrechts rechne ich es, daß Fürst Bismarck mit einem Socialdemokraten in die Stichwahl gekommen ist. Das Landtagswahlrecht ist kein vollkommenes. Dem akademisch Gebildeten müßte eine bestimmte Klasse zugeteilt werden. Aber derartige Vor-

vielleicht unbewußt — nach dem Muster des seiner Zeit berühmten Ira Aldridge die fast thierischen Ausbrüche der Wuth Othellos alzu realistisch zu färben. Im übrigen beherrschte er die große, anstrengende Rolle wort- und sinngemäß vollkommen, hielt auch mit seiner stimmlichen Kraft bis zuletzt aus und verdiente den lebhaften Beifall, der ihm von dem gut gefüllten Hause in reichem Maße gespendet wurde, vollkommen. Herr Rub hat den Jago hier schon früher mit Auszeichnung gespielt. Er verdient auch diesmal Anerkennung dafür, daß er den Teufel nicht überzeugte. Die sanfte, sittsame Desdemona fand in Fr. Banci eine gesäßige, vielleicht nur etwas zu passive Vertreterin. Den Cassio spielt Herr Arndt äußerlich mit sehr guter Wirkung; könnte sich der geschäftige Darsteller nur davor bewahren, den modernen Conversationston gelegentlich auch auf die hohe Tragödie zu übertragen, in die er nun ein für alle Male nicht paßt, eine Bemerkung freilich, deren Richtigkeit von der modernen naturalistischen Schule der Schauspielkunst auss eifrigst widergesprochen wird. Dass der Rodrigo des Herrn Arndt eine so stark humoristische Färbung erhielt, lag wohl nur zum Theil in der Schuld und Absicht des Darstellers, der hier eine von seinem Rollenfach ziemlich weit abliegende Partie durchzuführen hatte. Fr. Werra schlug als Emilia ab und zu auch einen Ton der Gemüthlichkeit an, der zu dem ernsten Gefüge des Dramas nicht sonderlich passen wollte, führte die Rolle in allem übrigen aber zu voller Zufriedenheit durch. Die Regie (Herr Rappner) hatte ihres Amtes mit Eifer gewalzt, das Zusammenspiel ließ eine gute Vorbereitung nicht vermissen, und so war denn der Gesamteinindruck des „Othello“ trotz der kleinen Ausstellungen, die wir im einzelnen glaubten machen zu müssen — bei so hochragenden Dramen wie „Othello“ sind natürlich auch die Ansprüche an die Darstellung ziemlich hochgehend —, ein im ganzen und großen recht befriedigender.

* Für Herrn Otto Rub, der unserer Bühne seit mehreren Jahren angehört und an derselben eine vielseitige darstellende Wirksamkeit entfaltet hat, findet am Mittwoch Abend eine Benefizvorstellung statt, die in mehrfacher Beziehung das besondere Interesse der Theaterbesucher verdient. Abgesehen von den Verdiensten des Benefizianten zunächst deshalb, weil sie uns ein Kunstwerk bringen wird, dessen Vorführung höchst selten ist, nämlich Lord Byrons „Monstred“ in der vollständigen Composition von Robert Schumann, also mit den Chören und vollem Orchester. An der Aufführung werden sich Opern- und Schauspielpersonal gleich hervorragend beteiligen. In dem darauf folgenden einaktigen Lustspiel „Der

Schlager können wir jetzt nicht zu Anträgen formulieren. Auch möchte ich keine Unterschiede zwischen Stadt und Land hinsichtlich des Wahlrechts einführen. Ebenso erklären meine Freunde und ich uns gegen den gestrigen Vorschlag Herrfurths, für die ersten zwei Klassen eine Mindestzahl von Wählern vorzuschreiben. Auch gegen die Mitaneignung indirecter Steuern sind wir ganz entschieden. Mit einer Änderung des Wahlverfahrens würden wir allerdings einverstanden sein.

Ministerpräsident Graf zu Eulenburg: Einig scheint man auf allen Seiten des Hauses darüber zu sein, daß für die Kommunalwahlen das Dreiklassenwahlrecht nicht geändert werden soll, auch der Abg. Meyer hat hiergegen nichts eingewendet. Ich glaube nun, daß man diese Form des Wahlrechts, wo sie besteht, nicht ohne Nachstreben soll. Das gefügte Wort eines großen Staatsmannes ist hier fast zu Tode gehext. Ich bin nicht in der Lage, wie der Vorredner, die heutige Ansicht dieses Staatsmannes darlegen zu können. Jedenfalls steht fest, daß seit der langen Zeit, wo es besteht, kein Verlust gemacht ist, es aufzuheben. Es ist auch wohl nicht richtig, die Dreiklassenwahl einfach als ein Privilegium des Geldhabens zu bezeichnen. Mag dieser Maßstab ungenau sein, wir haben keinen anderen, um Intelligenz und Bildung der Wählerschaft zum Ausdruck zu bringen. In anderen Ländern hat man allerdings einen anderen Maßstab, der für uns aber nicht gut verwendbar ist, man verlangt dort, daß die Wähler Lefens und Schreibens kundig sind, was bei uns mit ganz verschiedenbenden Ausnahmen bei allen Bevölkerungsschichten der Fall ist. Die Alaffenwahl hat doch auch das Vorfahren von Intelligenz und Bildung nicht hindert, wie die Zusammensetzung dieses hohen Hauses stets bewiesen hat. Ich denke, wir können mit Ruhe auf diesem Boden weiterbauen und abwarten, ob die weitere Entwicklung zu einer Änderung drängt. Von der Überzeugung, daß das geheime Wahlrecht das beste sei, sind doch schon viele ehemalige Anhänger derselben zurückgekommen. (Gehr wahr!) Anerkannt hat auch der frühere Abg. Dr. Windhorst anerkannt, daß er zwar Anhänger der geheimen Wahl sei, praktisch aber die Offenheit der Wahl für besser halte. Jedenfalls ist der moralische Werth der Thatwache nicht zu unterschätzen, daß der Wahlkampf bei öffentlichem Wahlrecht ein offener und ehrlicher ist. Uebrigens behandeln wir mit der Vorlage das bestehende Wahlrecht wie mit einer Novelle, der Artikel 115 bleibt bestehen, und der Erlass eines Wahlgelehrten, der darin ausgeschlossen ist, bleibt der Zukunft vorbehalten. Ich möchte deshalb bitten, mit allen Anträgen zurückzuhalten, die über das System des bestehenden Wahlrechts hinausgehen und dasselbe erschüttern. Ein solcher Antrag wäre der auf Anrechnung der indirecten Steuern, der auch einigermaßen praktisch, so daß er ausführbar wäre, gar nicht formuliert werden könnte. Die sonst gegen die Anrechnung der Gemeindesteuer vorgebrachten Bedenken sind nicht sehr erheblich und unbegründet. Hoffentlich wird es ohne große Mühe gelingen, in der Commission zu einer Verständigung zu gelangen.

Abg. Dasbach (Centr.) tritt für das Wahlgeheimnis ein; denn es sei recht schön, von dem Muth der Meinung zu sprechen, aber die Arbeiter hätten oft genug erlebt, daß sie wegen der Abstimmung entlassen worden sind. Daß Versuche gemacht wurden, das Geheimnis der Reichstagswahl zu zerstören, ist bekannt; im Reichstage schweigen ja Verhandlungen über einen besseren Schutz des Wahlgeheimnisses; eine Commission hat ja auch bereits darüber Bericht erstattet. Die Sicherung des Wahlgeheimnisses wird am besten den Terrorismus unwirksam machen, der ja meist vor der Wahl ausgeübt wird. Die öffentliche Abstimmung erleichtert den Terrorismus von unten, wenn die Sozialdemokraten einen Einfluß auf die Landtagswahlen gewinnen wollen.

Abg. Graf - Elberfeld (nat. - lib.): Die Vorschläge, welche von den Abg. Bachem und Herrfurth gemacht sind, um die ersten beiden Abtheilungen zu verstärken, sind nicht annehmbar. Die Angriffe auf das Dreiklassenwahlrecht sind nicht mehr berechtigt, als die auf das allgemeine Wahlrecht. Der Auspruch des Fürsten Bismarck ist entstanden zu einer Zeit, als die fortwährenden Wahlen fortwährend Mehrheiten zum Abgeordnetenhaus ihn geärgert hatten. Das Wahlrecht muß der Steuerleistung angepaßt werden; daß

„Einjährig-Freiwillige“ wird hr. Max Reimann aus Danzig, von dessen vielverprechenden Bühnenerfolgen in Elbing kürzlich in dieser Zeitung berichtet wurde und der in Rüre den bedeutenden Sprung von Elbing an eine größere Bühne machen wird, sich seinen ehemaligen Mitbürgern als Gast vorstellen, um mit der Rolle des Rudolf v. Stein auch hier Proben seines hoch entwickelten Talents für die Darstellung jugendlicher Bonvivants abzulegen.

Kunst, Wissenschaft und Literatur.

[Ein neuer Roman von Tolstoi.] Graf Leo Tolstoi, welcher bekanntlich sein ganzes großes Vermögen unter seine Kinder und Gutsleute vertheilt hat und als gänzlich Besitzer in völliger Zurückgezogenheit auf seinem Tasnaja Poljana lebt, schreibt dort an einem neuen großen Roman, dessen erster Theil bereits vollendet ist. Bei den riesigen Honoraren, welche Graf Tolstoi von seinem Verleger fordert und erhält, wird er nach Vollendung seines Romans schon nicht ganz „besitzlos“ sein und sofort wieder eine nicht unbedeutende Vertheilung vornehmen müssen.

[Die Berliner Urania] geht auf Reisen. Wie die Direction mittelt, wird der Interpret ihrer dekorativen Vorträge, Karl Bergmann, mit vorläufig zwei Stücken, „Das Antlitz der Erde“ und „Eine Amerikafahrt 1492 und 1892“ zu einer Tournée durch Deutschland ausgerüstet.

[Karl v. Widenbruch] vollendete soeben einen Roman, „Eiserne Liebe“, ist er betitelt und wird Mitte Februar im Verlage von Freund u. Jechel in Berlin erscheinen.

[Der Sohn Ludwigs XVI.] In Paris hat sich unter dem Titel „Société d'études sur la question de Louis XVII“ eine Gesellschaft von Gelehrten gebildet mit dem Zweck, alle Dokumente zu sammeln, welche über das Schicksal des Sohnes Ludwigs XVI. Aufklärung geben können, und womöglich endgültig die Frage zu entscheiden, ob der unglückliche Dauphin wirklich im Gefängnis gestorben ist. Man hofft, dabei auch die Naundorff-Frage, über welche schon so unendlich viel geschrieben wurde und immer noch geschrieben wird, zur endgültigen, unanfechtbaren Erdedigung zu bringen.

[Edison.] Die jährlichen Unterhaltungskosten, welche der Amerikaner Edison auf sein Laboratorium verwendet, betragen 200 000 Dollars. Er hat, wie man aus New York meldet, bereits vierhundert seiner Erfindungen patentiert. Sein Vermögen wird auf 3 000 000 Dollars geschätzt. Edison ist übrigens stocktaub.

* Weimar, 11. Jan. Einem von dem verdienstvollen Director des Goethe-National-Museums, Geh. Hofrat Dr. Ruland, erstatteten Bericht sind einige interessante Mitteilungen zu entnehmen über wichtige Zuwendungen, die, theils im Zusammenhang mit dem goldenen Ehejubiläum des großherzoglichen Paars, der genannten Anstalt in neuerer Zeit gemacht worden sind. Die Sammlung der Goethe'schen Handzeichnungen und Aquarelle ist um einige sehr schöne Nummern bereichert worden durch Stiftungen seitens eines

jezt lebenden polnischen Romanschriftstellers, Heinrich Gienkiewicz, hat die russische Censurbehörde mittheilt, daß alle seine Werke, die er künftig in Russland drucken lassen will, zuerst im Manuscript dem Censor vorgelegt werden müssen. Es widerstreift dies eigentlich den preußischen Vorschriften, denn dieses Gesetz verlangt ausdrücklich nur das Einscrenen von Büstenabgüßen. Die gleiche Verfügung ist übrigens auch anderen polnischen Schriftstellern zugegangen.

Abg. Ritter: Der Ministerpräsident meinte, die von mir citirte Ausserung des Fürsten Bismarck über das elendeste aller Wahlgesetze sei lodgeritten. Diesen Vorwurf erhebt er, obwohl er unmittelbar hinterher eine Ausserung des Abg. Windhorst für die öffentliche Abstimmung anführt, die auch schon lodgeritten ist. Der Unterschied ist nur der, daß ich mit weit größerem Recht den Fürsten Bismarck ansprechen kann, wenn ich mich nicht der öffentlichen Abstimmung widersetze, während Windhorst, nachdem er erst unsere Verhältnisse kennengelernt hatte, ein entschiedener Gegner der öffentlichen Abstimmung geworden ist. Ich kann eine Reihe Reden von ihm anführen. Die Erklärung ist sehr einfach. Windhorst war Minister in Hannover. Auch nach dem Zeugnis des Abg. v. Bemmigen ist dort während seines Ministeriums niemals zurückgekommen, während Windhorst, nachdem er erst unsere Verhältnisse kennengelernt hatte, ein entschiedener Gegner der öffentlichen Abstimmung geworden ist. Ich kann eine Reihe Reden von ihm anführen. Die Erklärung ist sehr einfach. Windhorst war Minister in Hannover. Auch nach dem Zeugnis des Abg. v. Bemmigen ist dort während seines Ministeriums niemals jemand, auch nicht der schärfste Gegner der Regierung wegen seiner Abstimmung bei den Wahlen von der Regierung geschädigt oder verfolgt worden. Der Ministerpräsident hat doch mit uns die Conflictjahre durchlebt. Kann er das auch von Preußen behaupten? Bis aufs Blut sind bei uns Beamte, die gegen die Regierung bei den Wahlen in der Opposition standen, verfolgt worden. Gebranntes Kind scheut das Feuer. Es ist eine Ehrenpflicht, die Beamten und die anderen Abhängigen zu schützen, daß sie, frei ihrer Überzeugung gemäß, ihre staatsbürglerlichen Rechte ausüben können. Ich werde dieser Pflicht folgen, so lange ich an dieser Stelle sprechen darf. Der Herr Ministerpräsident hat gut reden von dem Muth der Meinung, den man haben soll. Ja, wer Hunger hat, will essen, und wer weiß, daß die öffentliche Abstimmung ihm das Brot nimmt, dem wird es nicht helfen, wenn man ihm räht, mutig seine Gesinnung kund zu geben. (Gehr wahr! links.) Der Ministerpräsident hat sich so sehr auf die überwiegend große Majorität des Hauses berufen. Nur so sehr grob wird dieselbe wohl nicht sein, da ich annahe, daß diejenigen, die früher für das Reichstagswahlrecht eingetreten sind, es auch jetzt thun werden. Während der Ministerpräsident allen Anregungen von dieser Seite (links), entgegengetreten ist, hat er kein Wort gehabt gegen die Anregungen, die von jener Seite (rechts) weit über das Ziel der Regierung hinausgegangen sind. Graf Limburg hat zwar etwas schüchtern, aber doch deutlich genug die Absichten der conservativen Partei klar gelegt, seine Partei sei für die Dritteiteilung (§ 12, § 12, § 12). Selbst das geringe Maß der Verkürzung nach der dritten Klasse, das die Abstimmung bewirken soll, ist ihm zuwider. Ich hätte gewünscht, daß der Herr Minister diesen Absichten, die auf eine noch weitere Verschärfung des Wahlrechts ausgehen, ein entschiedenes Veto entgegengestellt hätte. (Ausstimmung links.) Der Abg. Arentz meinte, mein Freund Aeg. Meyer und ich hätten nicht so scharf gesprochen wie sonst, die Stimmung für das Reichstagswahlrecht sei bei uns schon abgekühlt. Was gibt ihm das Recht zu dieser Verhüfung? Wir haben von einer Abkühlung bei uns nichts bemerkt. Legen Sie uns doch nichts unter, was wir nicht gesagt haben. Wir werden Ihnen im Verlaufe der Verhandlungen noch weiter zeigen, daß wir unsere Ansichten nicht geändert haben. Die Basis des deutschen Reiches ist eine viel volkstümlichere als die der preußischen Verfassung. Es muss einen traurigen Eindruck hervorrufen, daß die Leute, welche hier auf Grund des schlechten preußischen Wahlrechts in die Volksvertretung eines Einzelstaates gekommen sind, sich zu so absurden Kritikern auf-

weiblichen Nachkommen der Frau v. Stein aus dem Nachklasse dieser und der Frau v. Borberg-Lichorna aus dem Nachklasse des Hofrats Kochlit. Die ersten genannten Blätter stammen aus den siebziger Jahren; es sind Zeichnungen von Kochberg, vom Gartenhaus im Stern, vom Thomas-Münzer-Thurm in Althalden, von der Wartburg, ein Blick vom Riechelhahn bei Ilmenau, und — nicht am wenigsten interessant — aus Goethes Jugendzeit eine Skizze vom Ufer des Mains und eine perspektivische Zeichnung der Treppe im Frankfurter Goethe-Haus; endlich sind Aquarelle aus der Zeit der italienischen Reise zu erkennen, die zum Besten zu zählen sind, was wir in dieser Art von Goethe bestehen. Auch die vier Nachklasse auch dem Nachklasse Kochlit sind eine sehr wertvolle Bereicherung dieser Abtheilung des Museums. Die weiteren Zuwendungen sind zumeist Porträts; so schenkte die Witwe Karl Hillebrands in Florenz, Frau Jessie Hillebrand, ein Miniatur-Portrait Goethes, das von dem russischen Maler G. v. Kosse 1814—1817 gefertigt ward, der treffliche Aquarellist Karl Werner in Leipzig, der Enkel Euphrosyns, eine Miniatur Corona Schröters, Geh. Rath Sauppe in Göttingen eine Zeichnung, die Goethe darstellt, wie er sich in Hut und Frack in Weimar zu bewegen pflegte; hr. Meyer — Rohn (Berlin) das einzige Bildnis des jungen Jerusalem aus dem Nestler'schen Nachklasse, die Goethe-Gesellschaft drei Original-Silhouetten Wielands, Herders, Goethes, die in den 80er Jahren aus der Galerie des Philosophen Jacobi gefertigt worden waren. Diese Gaben zeigen, welcher Sympathien das Goethe-Nationalmuseum sich in immer steigendem Maße erfreut.

* [Karl Hill], dessen Ableben vorgestern aus Schwerin gemeldet wurde, hat bekanntlich durch die Mitwirkung bei den Bayreuther Festspielen als Alberich und Ringsohr in ganz Deutschland einen Ruf als Sänger erhalten. Er war in Jostein (Nassau) geboren und trat zuerst in den Dienst der Turn und Taxis'schen Postverwaltung ein. Als Postbeamter in Frankfurt erregte er, trotzdem ihm seine Kollegen in ausserordenter Weise zu Hilfe kamen, sehr oft das Mißfallen seiner Vorgesetzten, weil seine Stimme den Musikfreunden zu sehr gefiel. Während des Winters war

werden über das Wahlrecht des Reichstages, und ich glaube nicht, daß das dazu beitragen kann, die Fundamente des deutschen Reiches zu seifigen. Sondern nur Wisskraut in weite Kreise zu tragen. (Beifall links.) Abg. Dr. Arentz meinte, unser Vorschlag, die indirekten Steuern anzurechnen, eigne sich mehr für eine Volksversammlung, und der Minister bezog sich auf ihn. Beide machen sich die Sache recht leicht. Wir werben ihnen zeigen, daß man eine Durchschnittsziffer ermitteln und danach zuschlagen kann, geradezu wie die Vorlage 3 Ma. für jeden einkommensteuerfreien Wähler. Der Ministerpräsident meinte, es seien viele Leute von ihrer Vorliebe für das Reichstagswahlrecht zurückgekommen. Wo sind denn diese? (Zurufe.) Jawohl — die conservativen Partei. Sie ist aber heute ebenso Gegnerin derselben wie sie es früher war. Die conservative Partei — der Ministerpräsident gehört ja auch dazu, aber er möge mir das nicht verübeln — hat noch nie-mals eine selbständige Haltung in unserem Staatsleben gewußt. Wenn Bismarck drohte, fielen sie um. Jetzt allerdings haben Sie etwas Mut bekommen. Sie haben durch die Wahl Ahlwardts eine selbständige Neigung geäußert. Das Reichstagswahlrecht haben Sie angenommen, weil Bismarck es wollte; in ihrem Innern sind Sie damals schon anderer Meinung gewesen. Auch die scharfe Kritik des Reichstagswahlrechts durch den Abg. Graf kann ich nicht begreifen. Hr. v. Benninghausen, der doch der Führer der nationalliberalen Partei im Reichstage ist, hat in vorigen Jahren mit aller Entschiedenheit sich für die Aufrechterhaltung des allgemeinen direkten geheimen Wahlrechts ausgesprochen. Wir wissen alle, daß dieses Wahlrecht eine zweischneidige Waffe ist. Aber verjampfen werden unfreie öffentlichen Zustände nicht, wenn das allgemeine Wahlrecht herrscht, versumpfen werden sie nur unter dem Alterswahlrecht. Dieses Wahlrecht verlangt allerdings Vertrauen zum Volke. Man droht mit den Consequenzen und weist auf Ahlwardt hin, der durch das Reichstagswahlrecht gewählt worden ist. Wir bleiben auf unserem Standpunkte, und wenn z.B. Ahlwardts gemacht werden. (Beifall links.) Das Reichstagswahlrecht hat sein Heilmittel in sich selbst. Durch dasselbe Wahlrecht werden die Ahlwardts auch bald wieder besiegt werden. Und ist das ein Wunder, daß in einem Wahlkreis, wo früher ein solch patriarchalisches Verhältniß bestanden hat, die Leute keine Ahnung von Politik hatten? Der Schrift, das Reichstagswahlrecht einzuführen, war sehr hübsch; in anderen Ländern hat man das Wahlrecht langsam und allmählich erweitert, die weiteren Kreise der Bevölkerung sind auch nach und nach an die Übung ihrer Rechte gewöhnt. Das Reichstagswahlrecht verlangt politische Arbeit und die muß geleistet werden. Der Abg. v. Hendebrand hat uns eine auf den Umfang der bestehenden Verhältnisse zielende Agitation vorgesetzten. Was nennen Sie (nach rechts) denn umstürzlerische Agitation? Helfen Sie nicht durch Ihre Privilegiengesellschaft der Socialdemokratie am meiste? Beseitigen Sie die Thatsachen, die das Volk aufregen. Goll ich Ihnen einmal die Agitationsweise der Conservativen beleuchten? Wie haben Sie es in Stolp-Lauenburg getrieben? In dem Organ der dortigen Conservativen stand: Herr Rickert geht nach Rom, um mit Italienern und Franzosen zu berathen, wie Deutschland am schnellsten mehrlos zu machen ist. (Hört! hört! links.) So etwas glaubt der hinterpommersche Bauer nicht. Zum Glück waren auch Herren von der nationalliberalen Partei mit mir in Rom. Im Kreise Stolp-Lauenburg kam ein Flugblatt zur Verbreitung, in dem u. A. stand: „Wer ist an der Verheiterung schuld? Lediglich die freisinnigen Börsjuden. Die Börsenjuden wollten eine künstliche Hungersnot erzeugen, kaufsten das Getreide im Lande auf und sättigten es zum Teich nach dem Auslande, um eine Vertheuerung zu erreichen und höhere Preise zu erzielen. Viele von den Leuten lassen ihr Getreide lieber auf ihren Speichern versauken und von Würmern fressen, als daß sie es zu den mäfigeren Preisen hergeben. Diese Börsenjuden haben es offenbar darauf abgesehen, unsere Bauern zu ruinieren.“ (Hört! hört! links.) Solche Ausufe werden in tausenden Exemplaren verbreitet. Wie denken Sie über solche Agitation, Herr v. Hendebrand? Die ist hoch anständig? Sie können uns Räuber und Mörder schimpfen, das schadet nichts, das ist erlaubt, das ist eine göttliche, edle Agitationsweise, aber wenn wir z. B. die Brannweinliebesgabe als das bezeichnen, was sie ist, wenn wir die Dinge beim rechten Namen nennen, dann sind wir die umstürzlerischen Helfer der Socialdemokratie. Der Ministerpräsident hat nun von widerlichen Praktiken bei der geheimen Abstimmung gesprochen. Ich weiß nicht, was er gemeint hat. (Auf: Schnaps!) Wie kommt man darauf, daß gerade beim geheimen Wahlrecht der Schnaps腐rumpt? (Heiterkeit.) Es ist doch kein Zweifel, daß ich geflüchtet bin, wenn ich meine Stimme geheim abgabe, als wenn ich das laut und öffentlich thun müßt. Das trifft hauptsächlich den Beamten. Kann er nach seiner Überzeugung wählen? Zwingen Sie ihn nicht oft zu einer Gewissensslage, das heilige Recht, das ihm der Staat gewährt, gegen sein besseres Wissen und gegen seine eigene Überzeugung zu erfüllen? Dann sagen Sie, die Geheimhaltung sieht sich nicht durchführen, der betreffende Wähler könnte gefragt werden, wie er gewählt hat; so mag er einfach sagen, das geht dich nichts an, oder wenn er sehr hartnäckig wird. (Aha! rechts.) Ja, meine Herren, auf dieses Aha! habe ich gerade gewartet. Sie meinen, es handle sich um eine Lüge. Ich vertheidige weder die Lüge auf der einen noch auf der anderen Seite; aber ein anständiger Mensch fragt gar nicht, wie ein anderer gewählt hat. Aber es ist doch viel schlimmer, wenn man seine heiligsten Gefühle verleugnen muß bei der Abstimmung, als wenn man irgend einem Unberufenen über seine Wahl nicht die Wahrheit sagt. Graf Limburg sagt, das Wahlrecht würde in Preußen eine cäsaristische Entwicklung herbeiführen. Das ist mir völlig unverständlich. Ich glaube, es muß solche Kritik des Reichstagswahlrechts in ganz Deutschland einen geradezu niedrlichen Eindruck machen. Glauben Sie, daß das dem Reiche etwas nutzen wird? Höfeln Sie etwa, daß Sie das direkte allgemeine gleiche geheime Wahlrecht werden abschaffen können? (Auf: rechts; ja!) Ich glaube, daß diese beiden Tage Deutschland dadurch geschädigt haben, daß diese Volksvertretung, welche aus einem der elendesten und schlechtesten Wahlstühle — ich citiere das Bismarck'sche Wort noch einmal — hervorgegangen ist, hier in solcher Weise das Reichstagswahlrecht bemängelt, bezeichnet und seit mit einem stützlichen Makel behaftet. Gehen Sie in sich (Lachen rechts) und lassen Sie das. Wenn Sie das nicht können, dann werden Sie als diejenigen erscheinen, welche die Vorrechte besonderer Klassen, ihre Privilegien und Interessen höher schätzen, als die gemeinsamen Interessen unseres deutschen Vaterlandes. (Lebhafte Beifall links, Lachen rechts.)

Abg. v. Hendebrand (cont.): Die Agitation ist von den Freisinnigen angefangen; sie können sich nicht beschweren, wenn von anderer Seite ihnen entgegentreten wird! Das Reichstagswahlrecht für den Landtag ist für uns nicht discutabel. Der Steuererhöhung steht eine große Lohnsteigerung gegenüber und namentlich eine Steigerung der socialpolitischen Leistungen seitens des Staates und der Arbeitgeber. Wir halten an dem alten Wahlrecht fest. Aber machen es denn die Freisinnigen anders, wo sie die Übermacht haben, z. B. in Berlin. Petrischt ist die Conservativen nicht; denn sie haben den Bedürfnissen der Neuzeit Rechnung getragen, so auf dem Verkehrsgebiete, auf dem Gebiete der Socialpolitik. Wenn die Conservativen eine Volksparkett werben wollen, so sollte man das nicht tadeln. Männer wie Graf Limburg-Schmitz, die ihre Meinung nicht nur vertreten, sondern auch thuer bezahlt haben (Schriftlich rechts), stehen bei uns mehr im Ansehen, als Männer, die dem Hause oft unfreiwillig Anlaß zur Heiterkeit gaben. (Zustimmung rechts.)

Damit schließt die erste Beratung; die Vorlage wird einer Commission von 21 Mitgliedern überwiesen.

Schluss 2½ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Rechnungsvorlagen und Etat.)

Am 17. Januar: **Danzig, 16. Jan.** M.-ab. Tg., G. 8.12, G. 4.9. **D.-U. b. Tg.** **Wetterausichten für Mittwoch, 18. Januar,** und zwar für das nordöstliche Deutschland: Wolzig, halbheiter, neblig, später bedeckt; strichweise Schnee, feucht kalt. Von Westen her Erwärmung und Thauwetter vorherrschend.

Für Donnerstag, den 19. Januar:

Theils heiter, theils Nebel; steigende Temperatur, später bedeckt und Niederschläge. Vom Westen Thauwetter vorherrschend.

* **[Schiffahrts-Nachricht.]** Vom hydrographischen Amt ging nachstehendes Telegramm ein: Die Feuerschiffe „Lappgrund“ und „Læsøe Trindelen“ sind Eisfrei eingezogen.

* **[Bildungsverein.]** Am Sonnabend beging der hiesige Bildungsverein in seinem Vereinsraume seine Geburtstagsfeier, zunächst durch einen Festakt, welchen die Liedertafel des Vereins mit dem Chor „Die Himmel erzählen die Ehre Gottes“ aus Handbuch „Schöpfung“ und einer Begrüßungs-Ansprache des Vorstandes Herrn Winkler einleitete. Die Festrede hielt dann Hr. Dr. Werner über Lebensweisheit und Lebenswert, in ebenso schwungvoller als populärer Weise wie durch Schopenauer, Hartmann u. a. vertretene pessimistische Weltanschauung bekämpfend. Zwischen den weiteren Festgesängen der Liedertafel wurden dann von Vorstandesmitgliedern die Geschäftsbücher pro 1892 erstattet, aus welchen sich ergab, daß der Verein ca. 800 Mitglieder zählt, von seinen Jahres-Einnahmen von ca. 6000 Mk. 1100 Mk. auf die Neuauflistung seines Buches - Saales, ca. 3000 Mk. auf Verbindung und Tilgung seiner hausverbindlichkeiten, den Rest auf die verschiedenen Bildungseinrichtungen verwandte. Die Bibliothek zählt 2475 Bände, an dem Journal-Cirkel nahmen 76, an Turnen 32 Mitglieder und 13 Jünglinge, an der Liedertafel 26 Mitglieder, an dem Knaben-Sängerchor 36 Kinder von Vereinsmitgliedern Theil. Die Krankenkasse zahlt 3428 Mk. Unterstützungen und hatte am Jahresschluß ein Reservekapital von 4099 Mk., der Begräbnisskund, incl. der Frauen 1333 Mitglieder jährlich, gewährte im Laufe des Jahres 7292 Mk. Begräbnisskinder. An 21 Vereinsabenden wurden öffentliche Vorträge gehalten und an einem derselben die Einrichtung von Volksunterhaltungsabenden in Danzig in Fluß gebracht. — Aut den Festakt folgte ein gemeinschaftliches Abendessen, bei welchem die Liedertafel und ihr Solotenorist, der sich nicht ohne Glück bis zu Rob. Schumanns viel fordern Wandsiede „Wohlauf noch getrunken“ versiegte, die Vereinsdichter und zahlreiche Zuhörer das ihre zur anregenden geistigen Belebung der soliten gastronomischen Genüsse thaten. Später spendete auch die Bühne noch einige muntere Feiern.

* **[Verloosung.]** Der Herr Ober-Präsident der Provinz Westpreußen hat genehmigt, daß bei Gelegenheit des am 5. und 6. Februar d. J. zum Besuch des Diakonissen-Krankenhauses hier selbst abzuhaltenen Bazaar eine Verloosung der unverkauft gebliebenen Bazaargegenstände zu Gunsten des genannten Krankenhauses veranstaltet wird und bis 4000 Lose zum Preise von je 50 Pf. in den Regierungsbüchsen Danzig und Marienwerder ausgegeben und vertrieben werden.

Aus der Provinz.

* **[Oliva, 15. Januar.]** Der fröhliche Vermessungstechniker Paul Ebler, gebürtig aus Oppeln, der am 6. d. Mts. hier wegen Bettelns eine Haftstrafe von 4 Wochen verbüßt hat, ist in der Nähe des „Friedensschlusses“ erfreut. — Daß die Liebe wandelbar, dafür wurde den hiesigen Standesbeamten ein drastischer Beweis geliefert. Am 13. d. Mts. erschien die 23 Jahre alte Witwe Auguste M. auf dem hiesigen Standesamt und meldete ihr Aufgebot mit dem Arbeiter B. an. Ueber Nacht hat sie sich aber eines andern besonnen, dann gern erschien sie abermals in Begleitung eines andern Liebhabers, zog ihr Aufgebot vom Tage vorher zurück und bestellte ein neues Aufgebot mit ihrem jetzigen Bräutigam, dem Arbeiter L. — Im Laufe des Jahres 1892 sind in Oliva geboren 135 Kinder, gestorben 118 Personen, darunter 46 Insassen der Armenanstalt in Pelonken, letztere sämmtlich über 60 Jahre alt; Geschlechtern haben Statigefunden in 21 Säulen.

* **[Neustadt, 15. Januar.]** In der Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vom 13. d. M. wurde für das Geschäftsjahr 1893 der bisherige Vorsteher Kaufmann E. Vensmer und der Kaufmann J. Hankisch zum Stellvertretenden Vorsteher wieder gewählt, zum Schriftführer bzw. Stellvertreter Bureau-Vorsteher Block und Handelsräte D. Dahms. Zu Vertretern auf dem zweiten westpreußischen Städtebau in Thorn wurden die Herren Bürgermeister Märk und Stadtverordneten-Vorsteher Vensmer gewählt. Von den Städtebau-Unterhandlungen in Bet्रeit der Erweiterung der Provinzial-Trennkastel, bezw. der Errichtung einer Anstalt für Epileptische, nahm die Versammlung Kenntnis. In Mitteilungen der Commission zur Einschätzung der Gemeinde-Einkommensteuer-Torensen etc. wurden 4 Stadtverordnete und 4 andere Bürger gewählt und deren Amtsbauer auf 3 Jahre festgesetzt. — Bezuglich der Aufstellung eines neuen Besoldungsplanes für die Lehrkräfte der hiesigen Stadtschule erklärt sich die Versammlung mit dem Beschluss des Magistrats einverstanden, nochmals bei der königl. Regierung vorstellig zu werden. — Der Geburtstag des Kaisers wird hier durch Veranstaltung eines Festmahl in Alstebens Hotel und seitens einiger Vereine durch Festakte in herkömmlicher Weise gefeiert werden.

* **[Pritzwalk, 14. Januar.]** Die durch das Schneetreiben der letzten Tage hervorgerufenen Verkehrsstörungen haben sich für unseren Ort wieder in besonders unliebsamer Weise fühlbar gemacht, da die Personenpost Pritzwalk-Hedba ihre Fahrten nicht regelmäßig inhalten konnte und Postsendungen sehr verspätet, an einem Tage gar nicht eintrafen. — Am 23. cr. sind hier selbst ein Kreistag statt, auf weitem Raum u. a. über Bewilligung der Kosten zur Ausarbeitung eines Projektes und Kostenanschlages für den Bau einer Terrärbahn von hier über Krakow nach Jarnowitz, sowie über einen Antrag der königl. Regierung, betreffend die Fortsetzung des im vergangenen Jahre erfolgten Baues der Chaussee Pritzwalk-Polzin über Darslub bis zur Neustadt-Krochower Chaussee verhandelt werden soll. — Vor einigen Tagen ist hier eine Volksfeier in Betrieb gesetzt worden.

* **[Neuteich, 15. Januar.]** Das Wiensche Grundstück in Barendt, mit Außenreihen 4½ Hufen kultiviert groß, ist in gerüchlicher Subhalftung für 91800 Mk. von Herrn Hannemann aus Gruben-Badingskampf erworben worden.

* **[Tuchel, 14. Januar.]** Der hiesige Handwerkerverein hielt gestern seine erste Vereinsfeier im neuen Jahre ab, welche sehr zahlreich besucht war. Der bisherige Vorsteher, Herr Bürgermeister Wagner, wurde einstimmig wiedergewählt; ferner wurde beschlossen, das diesjährige Wintervergnügen am 4. Februar durch Veranstellung einer musikalisch-theatralischen Aufführung zu feiern. — Am Sonntag, den 22. d. M., werden die Damen Fr. Elsa Macdrott (Opernsängerin zu Berlin) und Fr. Anne-Lise v. Petersdorff (Slaviervirtuosin aus Stettin) hier selbst ein Concert veranstalten, dessen Programm einen genügenden Abend verspricht. — Der neunjährige Sohn einer hiesigen Obersarmen, welcher an einem langjährigen körperlichen Lebel leidet, das nur im Wege der Operation gehoben werden kann, hat auf Ansuchen des hiesigen Magistrats in der Agl. Universitäts-Klinik zu Königsberg bereitwillig Aufnahme gefunden, um dort kostenfrei operiert und auch hoffentlich ganz hergestellt zu werden, ein hochherziges Entgegenkommen, das hier die dankbarste Anerkennung findet.

* **[Stolp, 15. Januar.]** Der conservativen-antisemitischen „Bauernbund“ hat in den Kösliner Regierungsbüchern mehrere seiner Gedenktafeln ausgesetzt, welche seit Neujahr mit siebenerhafter Thätigkeit namentlich im Kösliner Schloßhauer

und Büttower Kreise arbeiten. Von Politik hört man von ihnen wenig, höchstens wird man etwas antisemitisch, nur durch vorgespielte „Profitschen“ sucht man die Bauern als Dettern des Herrn v. Plötz zu ködern.

* **[Röbelgermünde, 14. Januar.]** Gestern Vormittag gegen 8 Uhr fuhr der ehemalige Schuhmacher, jetzt Arbeiter Reiner von hier eine kurze Strecke auf die Ostsee hinaus, um Enten zu schielen, wobei er nicht auf das von Süden her antreibende Eis achtete, so daß er bald mit seinem Boote von dem Eis eingeschlossen war und in See gegen Nordost forttrieb. Auf seine Hilferufe wurden die Loofen und die Bedienungsmannschaften des hiesigen Rettungsbootes herbeigeschickt. Letztere holten auch sofort den Raketenapparat herbei und versuchten damit zweimal eine Rettungsleine dem Reiner zuwerfen, was jedoch nicht gelang, da sein Boot schon inzwischen eine erhebliche Strecke weitergetrieben war. Darauf wurde das große Rettungsboot zu Wasser gebracht, und es gelang diesem zwar in See zu kommen, es stieß dann aber auf so festes Treibeis, daß es umkehrte musste, um nicht selber in Gefahr zu geraten, gleichfalls vom Eis eingeschlossen zu werden. Dem bedauernswerten Reiner konnte somit keine Hilfe gebracht werden und er ist daher wohl unrechtlos verloren (wenn nicht zufällig ein Dampfer das Eis passirt), zumal er inzwischen bis Mittags 12 Uhr schon ganz außer Sicht gekommen war.

* **[Bromberg, 14. Jan.** Durch Kohlendunst vergiftet fand man gestern Abend zwei junge Leute, die in der Bäckerei des Herrn Sander als Geselle resp. Lehrling beschäftigt waren. Dieselben nahmen nach ihrer Schlafstube einen sogenannten Kohlendämpfer mit glühenden Kohlen, um den Raum, der wohl nicht geheizt war, zu erwärmen und legten sich dann nieder. Als sie nach zwei Stunden geweckt werden sollten und die Schlafstube geöffnet wurde, fand man die beiden jungen Leute tot vor. Die durch drei herbeigerufene Aerzte angestellten Wiederbelebungsversuche waren ohne Erfolg.

Vermischtes.

Berlin, 15. Januar. Bei der Vermählung der Prinzessin Margaretha mit dem Prinzen Friedrich Karl von Hessen wird auch ein alter erinnerungsträchtiger Gegenstand aus dem Besitz des Königshauses zur Verwendung gelangen. Es ist der sogenannte Chepaten-Tisch, der im Hohenholz-Museum aufbewahrt wird. Er stammt aus kurfürstlicher Zeit, ist grün gestrichen und mit chinesischen Lack überzogen. Ueber seine Platte ist eine reich in Seide, Gold- und Silberfäden gesichtete Decke gebreitet. Seit fast 200 Jahren sind bei den Vermählungen von Mitgliedern des königlichen Hauses an diesem Tisch die Chepaten vollzogen worden. Zum letzten Mal ist der Tisch benutzt worden am 27. Oktbr. 1889 bei der Vermählung der Prinzessin Sophie mit dem Kronprinzen von Griechenland, und vor diesem Cheptschluss am 24. Mai 1888 bei der Vermählung des Prinzen Heinrich mit der Prinzessin Irene von Hessen. Bei der letzten Vermählung wurde der Tisch nach Schloss Charlottenburg hinübergeschafft.

A. C. London, 14. Januar. Viele Zeichen sprechen dafür, daß die Zeit der Krinolinen wieder zurückkehren könnte, und die Angst davor ist in gewissen Frauenkreisen so groß, daß sie ernstlich eine Anti-Krinolinenliga planen, die für ihre Bestrebungen den allerhöchsten Schutz der Prinzessin von Wales erstreben soll. Erklärt sich diese gegen die Krinolinen, so ist, glaubt man, dieser bestechlichen Röcken der Prozeß gemacht. Leute, die es wissen müssen, sagen, daß der Einfluß der Prinzessin von Wales auf die englische Mode sehr groß ist, sich sogar gegen die Kaiserin und die Prinzessinnen siegreich behauptet.

A. C. San Francisco, 13. Januar. Die Schiffspost brachte die Meldung aus Hamai, daß der Krater des Vulkans Mauna Loa sich schnell mit Lava anfüllt, und da gleichzeitig heftige Erderschütterungen in der Nähe des Berges stattgefunden haben, so befürchtet man eine große Eruption des Vulkans.

Verloosungen.

Petersburg, 14. Januar. Gewinnziehung der russischen Prämienanleihe von 1864: 200000 Rbl. Ger. 7373 Nr. 7, 75000 Rbl. Ger. 3734 Nr. 46, 40000 Rbl. Ger. 2899 Nr. 3, 25000 Rbl. Ger. 9572 Nr. 47, je 10000 Rbl. Ger. 11503 Nr. 8, Ger. 17492 Nr. 13, Ger. 7487 Nr. 44, je 8000 Rbl. Ger. 17754 Nr. 13, Ger. 15686 Nr. 27, Ger. 15487 Nr. 36, Ger. 18217 Nr. 7, Ger. 19689 Nr. 41, je 5000 Rbl. Ger. 15949 Nr. 46, Ger. 13055 Nr. 16, Ger. 16224 Nr. 7, Ger. 10316 Nr. 36, Ger. 4 Nr. 48, Ger. 14382 Nr. 24, Ger. 1370 Nr. 6, Ger. 6212 Nr. 27, je 1000 Rbl. Ger. 14500 Nr. 16, Ger. 5089 Nr. 38, Ger. 3508 Nr. 36, Ger. 3895 Nr. 45, Ger. 9792 Nr. 43, Ger. 2988 Nr. 43, Ger. 395 Nr. 12, Ger. 12062 Nr. 35, Ger. 4527 Nr. 7, Ger. 8984 Nr. 40, Ger. 12072 Nr. 7, Ger. 319 Nr. 30, Ger. 8871 Nr. 28, Ger. 1845 Nr. 33, Ger. 14416 Nr. 13, Ger. 18204 Nr. 50, Ger. 11238 Nr. 37, Ger. 15231 Nr. 43, Ger. 1694 Nr. 40, Ger. 14428 Nr. 50.

Börsen-Depeche der Danziger Zeitung.

Hamburg, 14. Jan. Getreidemarkt. Weizen loco fest, halbtöniger loco neuer 156—160. Roggen loco fest, mehlknüppeliger loco neuer 138—142, rütt. loco fest, Transito 112—114. — Hafer fest. — Gerste fest. — Rüttel (unverloßt) still, loco 51. — Sizirits loco rubis, per Januar 22½ Br., per Jan.-Febr. 22½ Br., per April-Mai 23 Br., per Mai-Juni 23½ Br. — Hafer fest, umfang 3500 Gach. — Betriebeum loco fest, Termine matt, Standard white loco 5.20 Br., per Febr.-März 5.15 Br. — Schnee. — Sammellocos 14. Jan. Zuckermarkt. (Schlußbericht.) Rübenschucker, 1. Produkt Baias 88% Rendement neue Linie, f. a. B. Hamburg per Januar 14.25, per März 14.37½, per Mai 14.52½, per Septbr. 14.37½. — Göttingen Rüttellocos 14.25, per Juli-August 14.